

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeitung oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 111.

Donnerstag, den 14. Mai 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Sieg des Friedens.

Hunderttausend geeinigte Sozialisten sitzen in der neuen französischen Kammer, hunderttausend Mitglieder zählt die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags, zusammen zwei hunderttausend Sozialdemokraten in den Parlamenten von Paris und Berlin! Diese Addition ist kein leeres Zahlenpiel: denn die hunderttausend hiesigen und die hunderttausend drüben gehören zusammen, sie fühlen sich als zwei Kräfte ein und desselben Stammes, sie sind vereint der Ausdruck einer starken politischen Macht. Im Reichstag sah man am Montag viele Gesichter, in denen sich Freude und Stolz spiegelten, und wie die Abgeordneten, so empfinden es auch die Millionen ihrer Wähler draußen im Lande: das ganze deutsche Proletariat ist stolz und froh über den Sieg der französischen Brüder, der geeinigten Sozialisten Frankreichs, mit denen wir deutschen Sozialdemokraten uns im Rahmen der Internationale zu höherer Einheit zusammenschließen.

Zweihunderttausend Männer sitzen fortan, in fast gleichen Häften geteilt, in den Parlamenten von Paris und Berlin, zweihunderttausend Männer, die den dauernden Frieden, die volle, endgültige Versöhnung der beiden Völker auf ihre Fahne geschrieben haben. Und hinter ihnen stehen die Millionen deutscher und französischer Arbeiter von Begeisterung erfüllt für das gemeinsame Ziel, erwarten sie den Tag, an dem der hallende Massenjubel zweier Völker den Sieg der großen Idee verkünden wird.

Ist es so weit? Heißblütige Ungebild- möchte uns ein triumphierendes Ja über die Lippen drängen. Aber die Sorge, Erregung durch überreifer Optimismus zu gefährden und grausame Enttäuschungen heraufzubeschwören, mahnt zu reuender Vorsicht. Noch sind die Kräfte des Friedens stark, noch sind die Rückschläge, Ueberrumpelungen nicht ganz unmöglich. Dennoch: man kann es sich nur schwer vorstellen, daß der Ausbruch eines Krieges überhaupt noch denkbar sein könnte zwischen zwei Völkern, die durch die Wahlen von 1912 und 1914 ihrem gemeinsamen Friedenswillen in so überwältigender Weise Ausdruck gegeben. Man kann es sich nur schwer vorstellen, daß eine Regierung hüben oder drüben den wahrhaftigen Mut finden könnte, einer mehr als hundertköpfigen sozialistischen Fraktion das Wort „Krieg!“ ins Gesicht zu schreiben. Jede der beiden Regierungen wird wissen, daß ein Versuch, gegen das benachbarte Volk die Hand zu erheben, auf einen jäh verblühenden Widerstand im Parlament stoßen und daß dieser Widerstand ungeheure Massen des Volkes mit sich fortziehen würde. Wer von hüben oder drüben wollte es also wagen, unter solchen Umständen mutwillig das Schicksal heraufzufordern?

Auf alle Fälle ist der Sieg der geeinigten Sozialisten ein ungeheurer Gewinn für den europäischen Frieden.

„Die Wahl“, so läßt sich das „Berliner Tageblatt“ aus Paris telegraphieren, „hat eine deutliche Niederlage des französischen Chauvinismus gebracht. Sie bringt einen eklatanten Sieg der friedlichen und deutschfreundlichen Gruppe Jaurès... Die Herrschaft in der neuen Kammer bleibt den beiden, noch durch den Sieg verstärkten großen demokratischen Parteien, die mit Deutschland Frieden, Verträglichkeit, ja Versöhnung wünschen.“

So ist es in der Tat. Denn der zahlenmäßige große Einfluß unserer französischen Fraktion wird noch verstärkt durch die politische Konstellation. Die immer noch stärkste Partei der Kammer, die geeinigte radikale Partei, hat ihre Herrschaft gegen die Gruppen zu ihrer Rechten verteidigt, sie ist bei der Fortsetzung dieses Verteidigungskampfes auf die Vertreter der Arbeiterklasse angewiesen. Schon jammert die reaktionäre Pariser Presse, daß die regierende radikale Partei durch die Wahlen in die „Knechtschaft der Sozialisten“ geraten sei. Zieht man ab, was an agitatorischer Uebertreibung in dieser Behauptung steckt, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die französische Regierungspolitik genötigt sein wird, auf den verstärkten Einfluß der Sozialdemokratie in der Kammer Rücksicht zu nehmen. Daß sie sich durch Förderung chauvinistischer Kriegslustiger Tendenzen in einen Kampf auf Leben und Tod mit der Sozialdemokratie stürzen könnte, das liegt außerhalb aller realpolitischen Möglichkeiten.

Frankreich ist, dank der Arbeit der internationalen Sozialdemokratie, nach den Wahlen friedliebender, der Versöhnung geneigter denn je. Aus dieser Tatsache erwachsen aber auch dem deutschen Proletariat die stärksten politischen Verpflichtungen. Der Einfluß seiner Vertreter im Reichstag ist trotz der größeren Zahl nicht so groß und unmittelbar, wie es der Einfluß der französischen Sozialdemokratie in der Kam-

mer sein wird. Was dem deutschen Proletariat infolge der unglücklichen Verfassungsverhältnisse an parlamentarischer Kraft fehlt, wird es durch die Kraft seiner Organisation und seiner Presse ersetzen müssen. Mehr denn je ist es Pflicht jedes einzelnen, sich selber mit dem großen Gedanken der deutsch-französischen Volksversöhnung zu durchdringen und ihm überall begeisterte Anhänger zu gewinnen.

Was hier angestrebt wird, ist nur ein Teil der ungeheuren Aufgabe, die sich die internationale Sozialdemokratie gestellt hat. Hinter dem Großen, dem wir uns von beiden Seiten kämpfend nähern, steht noch viel Größeres. Aber verfolgte die Sozialdemokratie nichts als dieses eine Ziel, das uns durch die französischen Wahlen um so viel näher gerückt ist, so lohnte es sich schon um dessentwillen, aus ganzem Herzen Sozialdemokrat zu sein.

Der Sieg der französischen Brüder ist auch unser Sieg! Es lebe Frankreich, das Vaterland der Renovation! Es lebe die geeinigte deutsche und französische Sozialdemokratie!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Freigabe der Duala.

Die Duala sind in ihrem Vertrauen auf den deutschen Reichstag getäuscht worden. Die Mehrheit hat, trotz ihrer ursprünglichen Entrüstung über das Vorgehen der Regierung, sich schließlich von den eifrigen Anstrengungen des Herrn Solf überreden lassen: der Kompromiß, der zwar viele Worte und Wünsche, aber gar keine Garantien bietet, wurde gegen die Sozialdemokratie angenommen. Dieses Schicksal war das Ende einer mit viel Entschlossenheit unternommenen Aktion, obwohl diese letzten Tage der Verhandlungen im Reichstag in Wahrheit den Beweis erbracht hatten, daß die Forderungen der Regierung abgelehnt werden mußten. Selbst die Redner der bürgerlichen Parteien, die schließlich für den Antrag der Kommission eintraten, mußten das Unrecht zugeben, das den Duala-Leuten widerfahren ist. Das war namentlich der Fall bei den Ausführungen des Zentrumsredners, des früheren Gouverneurs von Ostafrika von Rechenberg, dessen ganze Beweisführung eigentlich zu dem Schluß hätte führen sollen, zu dem die sozialdemokratische Fraktion gelangte. Der Nationalliberale Kleinath begründete die bittere Notwendigkeit der Enteignung der Duala mit allerhand Gründen der Staatsraison und ebenso argumentierte der Fortschrittler Brabant, der gestern mehr als je die kokette Reizung bewies, eine Politik der Rechten zu treiben. Herr von Böhlenberg und Herr Dr. Arendt freuten sich ganz besonders und Herr Dr. Solf hätte es eigentlich gar nicht nötig gehabt, noch einmal einen großen Feldzug gegen die Duala zu eröffnen. In letzter Stunde führte Genosse Waldsohn in einer Rede, die auf vorzüglichem Material aufgebaut war, die Gründe an, die das Verhalten der Sozialdemokratie bestimmen. Aber alle Argumentation war vergebens: die bürgerlichen Parteien waren von ihrem Entschluß nicht mehr abzubringen.

Im Laufe der Sitzung hatte die namentliche Abstimmung stattgefunden, durch die die neuerliche Forderung des Neubaus des Militärkabinetts in der Victoriastraße mit 268 gegen 75 Stimmen abgelehnt wurde.

Heute kommt nach verschiedenen kleinen Etats der Etat des Auswärtigen Amtes zur Verhandlung.

Zur Duala-Frage.

Halboffiziös wird der Behauptung des Rechtsanwalts Dr. Halpert, die Verhaftung des Duala-Hauptlings Bess wegen angeblichen Hochverrats sei auf Küstenschiff hin erfolgt, entgegengehalten, daß die Meldung über die Aufbruch-Absichten der Duala durch den weit im Innern wohnenden Oberhäuptling Joja von Bamum durch Vermittlung der Mission erstattet worden ist.

Dr. Halpert hat weitere Aufklärung verlangt und ein Telegramm erhalten, nach welchem Joja, der König der Bamums, seit jeher sich bei der Kolonialregierung lieb Kind zu machen bemüht hat. Den einst mächtigen und reichen Dualas, die früher viele Bamums zu Sklaven hatten, widmet er — so bemerkt Dr. Halpert — eine Art Erbhaft. Daß sich irgend ein im Besitz seiner gesunden fünf Sinne befindlicher Duala gerade an diesem Feind seines Volkes, der übrigens nur in 20-30tägigen Märschen zu erreichen ist, mit „Verschwörungsvorwürfen“ gewandt haben sollte, erscheine undenkbar. Dr. Halpert ruft in seinem weiteren Schreiben an die Presse schließlich aus: „Und die Regierung, die ihre ganze Denkschrift auf die „Lügenhaftigkeit“ der Regier aufbaut, nimmt die phantastische Meldung des Regers Joja als lautere Wahrheit und läßt daraufhin Bess verhaften!“

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Plenum des preussischen Abgeordnetenhauses behandelte am Mittwoch die Kapitel Kunst und Wissenschaft und Technisches Unterrichtsweien vom Kultusetat. Die Debatte verlief sich völlig in Einzelheiten. Zu erwähnen ist nur das Gejammer eines konservativen Redners darüber, daß die Schule auf musikalischem Gebiete nicht mit der Kirche Hand in Hand gehe.

Zu den Etatstücken, die noch ausstehen, deren zweite Lesungen in dieser Woche beendet werden sollen, sind jetzt von den verschiedenen Parteien Anträge eingebracht, die für den Fall der Nichtverabschiedung der Besoldungsnovelle verlangen, die Gehälter einer Reihe von Beamten aufzubessern.

Ein neuer Kurs in Preußen?

Im preussischen Abgeordnetenhaus verlautete am Mittwoch ganz bestimmt, daß wider Erwarten die Session nach der Erledigung des Etats und der Besoldungsvorlage nicht verlagert, sondern geschlossen werden soll; und zwar führt man dies darauf zurück, daß der neue Minister des Innern v. Loebell sich von den Vorlagen, die sein Vorgänger v. Dallwitz eingebracht hat, befreien und die Vorlagen entweder umarbeiten oder überhaupt fallen lassen wolle. Insbesondere dürfte sich dies auf das Fideikommissgesetz und vielleicht auch auf das Landesverwaltungsgesetz beziehen.

Minister v. Loebell als Aufsichtsrat.

Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik läßt durch die „Düsseldorfer Zeitung“ bekannt machen, daß der jetzige preussische Minister des Innern v. Loebell infolge seiner Ernennung zum Minister aus dem Aufsichtsrat der Gesellschaft ausscheidet. — Aktionär wird er selbstverständlich bleiben.

Die nationalliberalen Einigungsverhandlungen.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet parteioffiziös: „Der Geschäftsführende Ausschuß der nationalliberalen Partei hat sich bereit erklärt, entsprechend dem Frankfurter Beschluß des Gesamtvorstandes des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend, in Besprechungen mit dem Reichsverband einzutreten, die auf die Schaffung eines dauernden Friedens in der Partei abzielen. Dieses Entgegenkommen der Partei ist sehr dankenswert und wird hoffentlich den Boden für die Verhandlungen abgeben, die letzten Endes zu der erwünschten Einigkeit in der Partei führen sollen.“

Der Reichskanzler amtsmüde.

Den „Frankfurter Nachrichten“ wird aus Berlin geschrieben: „In den politischen Kreisen, die über wichtige politische Vorgänge zu allererst informiert werden, geht das Gerücht von Mund zu Mund, daß Herr v. Bethmann-Hollweg das traurige Ereignis des Hinscheidens seiner Gattin zum Anlaß nehmen werde, um das Amt des Reichskanzlers und preussischen Ministerpräsidenten demnächst niederzulegen.“ „Er hat“, wie der Mitarbeiter des Blattes von einer Seite hört, die es unbedingt wissen muß, „in politischer Beziehung sozusagen sein Haus bestellt, seinen Nachfolger auf einer wohlaffortierten Liste vorgeschlagen und diese Unterhandlungen so geheim geführt, daß seine gewöhnliche Umgebung im Reichskanzlerpalais nichts davon erfährt.“

Wie weiter gemeldet wird, ist der Reichskanzler seitlich völlig zusammengebrochen. Er wird voraussichtlich auch im Reichstage vor dem Ende der Session nicht mehr sprechen.

Zum Fall Schleinitz.

Am 22. April brachte die „Germania“ Enthüllungen über die Verabschiedung des ostafrikanischen Schutztruppenkommandeurs Oberst v. Schleinitz. Das Blatt berichtete, das Verbleiben des Herrn v. Schleinitz im Amte sei schon 1910 in Frage gestellt gewesen, wenn nicht an einem Dar-es-Salamer Bericht eine Aenderung vorgenommen worden wäre, die es ihm ermöglicht habe, nochmals aus seinem Urlaub in die Kolonie zurückzuführen. Dann jagt die „Germania“: „Es ist auch durchaus einleuchtend, daß ein Schutztruppenkommandeur nicht auf seinem Posten bleiben kann, der seinen Offizieren folgende Instruktion gibt: „Sie kommen jetzt nach A. auf Posten, wenn Sie nicht binnen Jahresfrist einen Aufstand in Ihrem Bezirk haben, kann ich nicht weiter mit Ihnen kapitulieren.““

Jetzt erst nimmt Herr v. Schleinitz das Wort in der freikonserватiven „Post“, und zwar in einem Leitartikel der Nummer vom Mittwochabend unter der Rubrik: „Warum ich gehen mußte.“ Diese Frage wird zwar nicht beantwortet, aber um so mehr wird in dem Artikel der ehemalige Gouverneur Frhr. v. Rechenberg angeführt: er habe alles gewußt und als Vorgesetzter alles gebilligt, was dem Oberst v. Schleinitz zum Verhängnis wurde.

Auch wird v. Neuenberg beschuldigt, dem Abg. Erzberger das Material zu dem Feldzug gegen v. Schleinitz geliefert zu haben.

Ein Stück Mittelalter.

Die Differenzen im Herzogtum Gotha, die mit dem Einbringen von Verbotstafeln begannen und mit dem Ausschneiden des Ministers endeten, haben ein noch weit bedeutenderes Seitenstück gefunden. Waltershausen, eine Stadt von 7000 Einwohnern, hatte im Jahre 1879 mit Zustimmung des damaligen Herzogs einige am Inselberge entspringende Quellen fassen lassen und eine Wasserleitung erbaut. Die herzogliche Hofkammer, die bekanntlich auch die Anbringung der Verbotstafeln veranlaßt hat, stellte nun im vorigen Jahr fest, daß der Herzog damals nicht berechtigt gewesen sei, die Erlaubnis zu erteilen, da er es entgegen einer Bestimmung des Hausgesetzes unterlassen habe, sämtliche Ägnaten des Herzogshauses, welche in ihrer überwiegenden Mehrzahl im Auslande: England, Bulgarien, Belgien, früher auch noch in Brasilien und Portugal, anässig waren, um ihre Zustimmung zu ersuchen. Die Hofkammer wurde erst nach dem Regierungsantritt des Herzogs Karl Eduard im Jahre 1905 zur Verwaltung des herzoglichen Privatvermögens eingerichtet, nachdem der Domänenbesitz, welcher bis dahin ausschließlich dem herzoglichen Hause gehört hatte, zwischen diesem und dem gothaischen Lande geteilt war.

Ein englischer Prinz, der dem Hause Coburg angehört, krenzte auch tatsächlich ein Prozeß gegen die Stadt Waltershausen an und das Gericht entschied zugunsten des Prinzen! Gestützt auf dieses Urteil verlangte die Hofkammer von der Stadt Waltershausen, die Röhren der Wasserleitung bis zum 8. Mai zu entfernen und die Quellen an die Hofkammer zurückzugeben. Die Stadt Waltershausen wird dieser ungeheuerlichen Zumutung, ihre Wasserleitung zu zerstören, weil ein englischer Prinz das so haben will, verweigert nicht nachkommen. Wenn in dieser Stadt eine Feuersbrunst ausbrechen sollte, dann wäre kaum eine Möglichkeit vorhanden, wirksame Löscharbeiten zu unternehmen. Tut nichts — die Hauptsache ist, daß die Quellen der unter Leitung eines Herrn v. Besswitz stehenden Hofkammer zurückgegeben werden. Schlimmer kann es auch im Mittelalter nicht gewesen sein, wo die „Herren“ noch unumschränkte Herrscher waren. Hoffentlich gelingt es dem gothaischen Volke, dieser Hofkammer klar zu machen, daß das Herzogtum Gotha unmöglich als das Privateigentum des Herzogs angesehen werden kann, in dessen Verwaltung auch noch irgend ein haubüttiger Bulgare, Portugiese oder Engländer hineingeredet hat. Dieser Vorfall beweist, wie sehr die thüringische Sozialdemokratie auf dem rechten Wege ist, wenn sie verlangt, daß Thüringen ein einheitliches Verwaltungsgebiet bilden soll. Hätt dort ein halbes Dutzend Staatsminister darauf los registert.

Sturm gegen die bayerische Reichsratskammer.

Die „befreiende Tat“ der bayerischen Reichsratskammer — so bezeichnete die „Deutsche Tageszeitung“ die Ablehnung der Arbeitslosenversicherung durch die „geborenen Gesetzgeber“ Bayerns — hat das bayerische Volk aufgeschauert zum Kampf gegen diese bevorzugten Vertreter des Kapitalismus. Die „befreiende Tat“ hat in der Arbeiterkapital die heftigste Empörung ausgelöst — das beweisen die Versammlungen, die von sozialdemokratischer Seite im ganzen Lande arrangiert werden und die einen Massenbesuch aufweisen.

In München wurde am Montag in 7 starr besuchten Protestversammlungen der kapitalistischen Ueberkammer scharfster Kampf angefaßt. Das gleiche geschah in Nürnberg in 6 Versammlungen, in welchen mehr als 8000 Personen beisammen waren.

In der angenommenen Resolution heißt es: „Die Volksfeindlichkeit der Reichsratskammer, ihre eigene Loslösung von jedem sozialen Pflichtgefühl, die hochfahrende Art, sich über Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung, über allgemeine Volkswünsche und auch über die Bindung der Krone der erziehen gegenüber hinwegzusetzen, erweckt bei den Versammelten die schärfste Entrüstung. Die Versammelten sind überzeugt, daß die Reichsratskammer ein Hemmnis jeder Sozialpolitik, jeder vollstündigen Gesetzgebung ist und bleibt. Die Versammlung erkennt in der Beschlußfassung der Reichsratskammer den engstirnigsten Egoismus. Aus ihr spricht der schärfste Haß gegen alle Bemühungen, die ohnehin durch schwere Kollage gedrückten Arbeiter vor dem äußersten Elend zu sichern. Die nun auch dem letzten sozialdemokratischen Arbeiter klare Bedeutung der Reichsratskammer als eine Interessenvertretung der Reichsten gegen das Volk macht eine Verfassungsänderung dringend notwendig, deren wichtigster Inhalt die Abschaffung der Reichsratskammer sein muß.“

Die Wahlrechtsdebatten im bayerischen Landtag

eroberten, wie vorauszu sehen war, mit der Ablehnung der liberalen und sozialdemokratischen Proporzantträge. Für den liberalen Antrag stimmten auch die Bauernbündler, für den sozialdemokratischen nur Liberale und Sozialdemokraten.

Mit den badijschen Nationalliberalen

scheint es rapide abwärts zu gehen. Am Montag abend fand in Mannheim eine von der Sozialdemokratie veranstaltete Protestversammlung gegen die Handhabung des Schulgesetzes durch den badijschen Kultusminister Böhm statt. Genosse Kolb-Karlsruhe übte scharfe Kritik an der reaktionären Auslegung des Schulgesetzes und führte das Verhalten des Ministers auf die letzte Landtagswahl und die dadurch hervorgerufene innere Zerrüttung der liberalen Partei zurück. Er meinte, eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und Liberalen bei den Landtagswahlen sei zwecklos, wenn die Liberalen in Kultusfragen mit dem Zentrum gehen. Der freireligiöse Prediger Raurenbrecher teilte in der Versammlung mit, daß der nationalliberale Kammerpräsident Rohrbach, der gleichzeitig Stadtschulrat in Heidelberg sei, dem einzigen freireligiösen Lehrer verboten habe, freireligiösen Unterricht zu erteilen, obwohl der Minister gegen die Stadt Heidelberg noch gar nichts unternommen habe. Der Oberbürgermeister von

Heidelberg sei verblüfft gewesen über diese Verletzung des Selbstverwaltungsrechts der Stadt, denn Rohrbach hatte seine Verfügung ohne Zustimmung des Stadtrates erlassen.

Österreich-Ungarn.

Ein klerikal-sozialdemokratisches Wahlbündnis in Tirol. Bei den Tiroler Landtagswahlen wurde soeben, wie die „Kölnische Volkszeitung“ ausdrücklich bestätigt, unter Zustimmung des Brixener Bischofs ein Wahlbündnis zwischen Klerikalen und Sozialdemokraten für die Städte Innsbruck und Merano abgeschlossen. Das Wahlbündnis wurde getreulich durchgeführt. Am Stichtagswahltag zog die Geistlichkeit mit dem Stadtprobst an der Spitze geschlossen zur Wahlurne, um dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Die beiden klerikalen Parteien, Christlich-Soziale und Konservative, entsagten sogar zugunsten der sozialdemokratischen Kandidaten eine rege und leidenschaftliche Agitation. Die klerikalen Studenten und Geistlichen zogen am 6. Mai von Haus zu Haus, um Wähler für die Sozialdemokraten zu gewinnen. Die „Köln. Volkszeitung“ rechtfertigt das Bündnis damit, daß das Doppelspiel der Liberalen die Klerikalen zu diesem wahltaktischen Manöver gezwungen habe. Dem Innsbrucker National-Liberalismus sollte ein Denkzettel gegeben werden, weil er sich weigerte, den anderen Parteien Gleichberechtigung zu gewähren.

Der Reichstagsabgeordnete als Polizeispiegel. Am Mittwoch begann vor dem Prager Schwurgericht die Verhandlung in der Beleidigungssache, die der ehemalige Reichsrats- und Landtagsabgeordnete und Obmann des reichsrätlichen Klubs der tschechisch-nationalsozialistischen Partei, Dr. Kozl. S. v. i. gegen den verantwortlichen Redakteur der Prager „Narodni Listy“, Dr. Servaz Heller, angehängt hat. Das Blatt hatte den Abgeordneten beschuldigt, daß dieser unter dem Namen „Wiener“, sei es für ein Monatsgehalt von 800 Kronen, sei es für besondere Entlohnungen, vom Jahre 1910 an der Staatspolizei Spionagedienste leistete, durch die er zum Schaden der tschechischen Politik vertrauliche Beschlüsse tschechischer politischer Parteien verraten habe. Dr. Heller erklärte, er wolle den Wahrheitsbeweis dahin führen, daß der Kläger in Verbindung mit der Polizei gesandten habe, und daß die Beschuldigung vom Standpunkt der politischen Moral wahr sei. An Hand der Nachschriften des Abg. Aug. früheren Redakteurs der „Narodni Listy“, erklärte der Angeklagte, daß ein tschechischer Jurist in der Redaktion die vertrauliche Mitteilung gemacht, daß Späha Vertrauensmann der Staatspolizei sei. Er habe hierfür 3000 Kronen bezogen. Ueberdies habe er für besondere Nachrichten Ehrenhonore erhalten. Dem Antrage des Verteidigers entsprechend, sollen eine Reihe von Zeugen, darunter Mitglieder des Geheimtribunals, das den Schuldpruch über Späha im Nationalrat auf Grund der vorgelegten Beweise gefällt hat, als Zeugen geladen werden.

Frankreich.

Unser Wahlsieg. Ein gewaltiger Sieg ist von den französischen Genossen nach einem Kampfe voll sozialistischer Klarheit, Energie und Disziplin gewonnen worden; ein Sieg, der das gesamte internationale Proletariat mit der lühnigsten Freude erfüllt und zugleich mit neuen Hoffnungen auf den Sieg des Sozialismus in allen Ländern erfüllt. Worin liegt die gewaltige Bedeutung dieses Sieges unserer französischen Genossen? Zunächst darin, daß dieser Sieg erwiesen hat, daß die sozialistische Idee in ganz Frankreich im Vormarsch begriffen ist. Die Siege sind errungen worden in ländlichen Wahlkreisen sowohl als in großstädtischen und in industriellen Wahlkreisen. Sie sind errungen worden mit einem klaren sozialistischen Programm, welches die revolutionären Grundzüge der Partei in den Vordergrund stellte, sie zur Grundlage des ganzen Wahlkampfes machte. Man kann mit stolzer Genugtuung sagen: Der Sozialismus hat sieg bei Bauern wie bei Arbeitern! Die Bedeutung des Sieges liegt ferner darin, daß er errungen worden ist ohne jedes Kompromiß. Der eigenen Kraft der Partei und ihrer planvoll arbeitenden Organisation allein ist der Sieg zuzuschreiben. Diese Bedeutung darf nicht verkannt werden. Jaurès erkannte an, daß der Sieg der Organisation zu verdanken ist und rief auf zu ihrer Stärkung und Ausbreitung. Die Bedeutung des Wahlsieges unserer französischen Genossen wird aber auch nach anderer Seite hin eine große sein: Es ist fernerhin undenkbar, Parlaments- und Regierungsgeschäfte etwa im ausgeprochenen Gegensatz zur geeinigten sozialistischen Partei erledigen zu wollen. Der Sieg unserer Genossen ist ein scharfer Vorstoß gegen die dreißigjährige Dienstzeit, und er ist die Garantie einer den Besitz und das Einkommen betreffenden Besteuerung. Der Sieg ist die Gewähr für die Durchführung einer gesunden Sozialpolitik. Und er zeigt endlich, daß die Massen der französischen Arbeiter dieselben Feinde allen Chauvinismus sind wie die deutschen Arbeiter. Der deutsch-französischen Verheißung ist ein kräftiger Kiesel vorgehoben. Das ist das schönste Resultat des Wahlsieges unserer französischen Genossen, den wir deshalb doppelt freudig mitzufeiern allen Anlaß haben.

Ein klerikaler Wahlwindel wurde in Lille in Nordfrankreich aufgedeckt. Aus Brüssel nach Lille gekommene Klosterbrüder gaben auf Grund gefälschter Kohlenausweise in den verschiedenen Wahllokalen ihre Stimmen für die reaktionären Kandidaten ab. Die Wahlumschläge, welche die frommen Betrüger benutzten, waren die von der Bürgermeisterei offiziell ausgegebenen. Der Wahlwindel war jedoch erfolglos. Andere Genossen Delory und Chesquiere wurden wiedergewählt. Sie haben jedoch eine Anklage gegen den Bürgermeister von Lille erhoben, der auch bereits von seinem Amte zurückgetreten ist. Der ganzen Stadt hat sich ob des frechen Schwindels eine große Aufregung bemächtigt. Eine Riesendemonstration, an der 30 000 Personen teilnahmen, verlangte am Dienstag abend die Amtsniederlegung des Gemeinderats. Der Wahlwindel wurde durch die Aufmerksamkeit unserer Genossen aufgedeckt.

Belgien.

Eine Revolte in Menchengestalt. Der oberste belgische Kolonialgerichtshof, der in Brüssel seinen

Sitz hat, hatte gegen einen Offizier von außerordentlicher Grausamkeit zu verhandeln. Leutnant Martin von der Konapoli war beschuldigt, 17 Eingeborene, Männer, Frauen und selbst Kinder, erschossen zu haben oder sie durch ungeredeterartige Todesurteile, die durch seine Untergebenen ausgeführt wurden, umgebracht zu haben. In Elizabethville war der Leutnant vom Kolonialgericht wegen dieses Verbrechens zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. Der Verteidiger Martins, der bekannte Parlamentarier Vorand, behauptete, daß der Verurteilte geisteskrank gewesen sei. Das Gericht schloß sich seinen Ausführungen an und beauftragte eine Arztekommision mit der Untersuchung des Angeklagten.

England.

Eine Budgetrede Lloyd Georges. In einer Budgetrede führte Lloyd George u. a. aus: Gott sei Dank haben sich die Zeiten seit der Schatzkanzlerzeit des Right Honourable Gentleman geändert. Die Demokratie ist heute viel mächtiger, weil sie besser erzogen ist. Die Armen glauben heute nicht mehr daran, daß die Armut eine gottgewollte Notwendigkeit sei, und unter völliger Stille des Hauses rief er es laut durch das Haus, daß die Reichen, wenn sie jetzt nicht opfern wollen, ihren Reichtum durch Gewalt verlieren werden. Nicht bloß in Ulster warte die Revolution, sie gehe im ganzen Lande um. Dann zitierte Lloyd George Disraeli, der die Gesundheit des Volkes als das höchste Ziel eines Ministers bezeichnete.

Man denke sich einen deutschen Schatzkanzler, der eine solche Rede hielt. Der Heubrand hätte ihn längst verzehrt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 11. Mai.

Waisereckarten abrechnen.

Die Gewerkschaftskassierer und Korverkäufer, die ihre Waisereckarten noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, dies bis Ende dieser Woche nachzuholen, damit die Abrechnung rechtzeitig fertiggestellt werden kann.

Die Versammlung der Bürgerchaft, welche am kommenden Montag stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: Fortsetzung der Beratung über die in der Versammlung vom 11. Mai unerledigt gebliebenen Senatsanträge: 10. Errichtung von Windmühlbauten an der Südwestseite des Fährhofs vorläufig. 11. Neupflanzung des Kolles und der kleinen Petersgrube. 12. Bau einer Travemünder Hafen- und Heranziehung von Moisting und Genin zu den Bauhöfen. Hierzu: Eingaben der Grundbesitzer zu Genin und von 250 Einwohnern Moistings, der in der Senatsvorlage, betreffend den Bau einer Travemünder bei Moisting usw., vorgezeichneten Erhöhung der Grundsteuer für Moisting und Genin keine Folge zu geben, und Eingabe von H. J. Tegmeyer-Moisting zu derselben Vorlage. 13. Bewilligung von 16000 Mark für die Alterszulagen an Arbeiter der Baudepartien für das Rechnungsjahr 1913. 14. Austausch von Landflächen in der Gemarkung Siems. 15. Errichtung von fünf Gerichtsdienerstellen. B. Neue Tagesordnung: 1. Neuwahl des zweiten Stellvertreters des Vorsitzers. 2. Mitteilungen des Senates. 3. Anträge des Senates: 1. Dritter Nachtrag zu dem Gesetz vom 18. März 1899, betreffend die Errichtung und Unterhaltung von Radfahrwegen. Zweite Fassung. 2. Erweiterung der Feuerwache an der Hanjstraße. 3. Errichtung einer Wagenhalle für die Straßenbahn. 4. Errichtung einer realschulmäßigen Studienanstalt an der Ernestenstraße.

Der Bürgerauschuss beantwortete resp. genehmigte die Schaffung einer Aspirantenstelle beim Allgemeinen Krankenhause; Errichtung einer Wagenhalle für die Straßenbahn (Kosten 181 000 Mk.); weitere Ausgestaltung des Spielplatzes Buniamshof (5270 Mk.); Hersteinung von Kaffeehäusern für die beiden Bootsfahren im Travemünder Hafen (13000 Mark); Gewährung einer Vergütung von insgesamt 1075 Mk. jährlich und von 1181,25 Mk. für die Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. März 1914 an mehrere Beamte des Oberverwaltungsamtes; Erwerb eines Borgartenfreizeits aus dem Grundstück Naheburger Allee 19/19a; Schaffung einer Konsulentenstelle für die Gefindefantastasse; Regelung der Anstellungsverhältnisse des Konsulenten der Gewerkeammer; Neubau einer Schuhmanufaktur in Ruffe (7000 Mark). In eine Kommission verwiesen wurde der vom Senat beantragte Erlaß eines Nachtrages zur Notariatsordnung.

Der Name des unehelichen Kindes. Der Bürgerauschuss hatte sich gestern mit folgendem Senatsantrag zu beschäftigen: Nach § 1706 des Bürgerlichen Gesetzbuches behält das uneheliche Kind, wenn die Mutter infolge ihrer Verheiratung einen andern Namen führt, den Namen, den die Mutter vor der Verheiratung geführt hat. Der Ehemann der Mutter kann aber durch Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde dem Kinde mit Einwilligung des Kindes und der Mutter seinen Namen beilegen; die Erklärung des Ehemannes sowie die Einwilligungserklärungen des Kindes und der Mutter sind in öffentlich beglaubigter Form abzugeben. Zuständig für die Entgegennahme der Erklärung und die öffentliche Beglaubigung der Erklärungen sind in Lübeck 1. wenn die Erklärung bei der Eheschließung abgegeben wird, der die Ehe schließende Standesbeamte; 2. wenn die Geburt des Kindes im Geburtsregister eines lübeckischen Standesbeamten eingetragen ist, dieser Standesbeamte; 3. andernfalls das Amtsgericht. Es erscheint zweckmäßig, im dritten Falle neben dem Amtsgerichte das Stadt- und Landamt für zuständig zu erklären. Denn, wenn der Stiefvater und die Mutter, gegebenenfalls auch der Vormund, nachdem ihnen im Jugendamt die Namenserteilung nahegelegt ist und sie sich dazu entschlossen haben, die erforderlichen Erklärungen nicht sofort abgeben können, so unterbleiben sie oft. Die Beteiligten scheuen den Anfall an Arbeitsverdienst, zum Teil auch den doppelten Weg, die Mütter können meistens schlecht abkommen. Der Bürgerauschuss sprach sich gutachtlich für einen entsprechenden Nachtrag zu den Ausführungsgeboten zum Bürgerlichen Gesetzbuche aus.

Eine sehr erhebliche Erweiterung der städtischen Feuerwache bezweckt ein Senatsantrag, der gestern dem Bürgerauschuss zur Prüfung vorlag, und der verlangt, 1. daß die für die Erweiterung der Feuerwache an der Hanjstraße, für die Errichtung einer Feuermeldezentrale in diesem Erweiterungsbau und für die Ausstattung der neuen Mannschaftsräume erforderlichen Mittel, und zwar a) für die bauliche Ausführung im Betrage von 83 320 Mk., b) für die Aenderung der Telegraphenleitung 1000 Mk., c) für die Errichtung einer Feuermeldezentrale 12 000 Mk., d) für die Ausstattung der Mannschaftsräume 1250 Mk., zusammen 97 570 Mark

soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, zur Verfügung gestellt werde: 2. daß die Behörde für das Feuerlöschwesen ermächtigt werde, zum 1. April 1915 zwei neue Automobilsfahrzeuge anzuschaffen, zwei Oberfeuerlöschwagen, einen Gefreiten und sieben Feuerlöschmänner neu anzustellen und die erste Ausrüstung und Bekleidung für diese Beamten zu beschaffen, sowie daß die danach für das Rechnungsjahr 1915 erforderlichen Kosten, nämlich a) 2 Automobilsfahrzeuge, 2 mal 27 000 Mark gleich 54 000 Mark, b) erstmalige Bekleidung und Ausrüstung von 10 Mann, 10 mal 200 Mk. gleich 2000 Mk., c) Gehalt für zwei Oberfeuerlöschmänner, vorbehaltlich der später noch festzustellenden Höhe, 2 mal 2100 Mk. gleich 4200 Mk., 1 Gefreitenzulage 100 Mk., 8 Feuerlöschmänner mit Anfangsgehalt 8 mal 1400 Mk. gleich 11 200 Mk., d) Bekleidung und Stiefelgeld für 10 Mann, 10 mal 88 Mk. gleich 880 Mk., e) Unterhaltung der Feuerwehre- und Fernsprechanlage (Wehrbedarf) 500 Mk., f) Unterhaltung, Heizung und Beleuchtung des Gebäudes der Feuerwehre II (Wehrbedarf) 600 Mk., g) Unterhaltung und Betrieb von 2 Automobilsfahrzeugen 2100 Mk., h) Versicherungsprämie usw. 420 Mk., mithin insgesamt 76 000 Mark in den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1915 eingestellt werden. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der Senatsvorlage durch die Bürgererschaft.

Das Konversationshaus in Travemünde und die Minderbemittelten. Als der Senat bei der Bürgererschaft den kostspieligen Luxusbau des Konversationshauses beantragte, trat u. a. der liberale Herr Klein warm dafür ein mit der kuriosen Begründung, daß dieses Haus auch für die Minderbemittelten bestimmt sei. Bei den Sozialdemokraten konnte das nur Heiterkeit erregen. Sogar der Senat wüßte in nicht mißzuverstehender Weise ab. Jetzt hat die Behörde für Travemünde die Bedingungen für die Benutzung des Konversationshauses festgelegt, nachdem der Senat dem Ersuchen der Bürgererschaft, die Festsetzung der Höhe der Eintrittsgelder für den Besuch des städtischen Kurkaales, Konversationshauses, in Travemünde und der dort stattfindenden Konzerte von der Zustimmung der Bürgererschaft abhängig zu machen, nicht entsprechen will. Diese Bestimmungen gehen dahin: Der Besuch des Vorgartens und der Restaurationen ist frei, mit Ausnahme der Stunden der Nachmittags- und Abendkonzerte, sowie der Tage, an welchen Sonderveranstaltungen stattfinden. Zum Besuche der Leses-, Spiel- und Unterhaltungsräume sowie der regelmäßigen Auktionskonzerte, nicht auch der Sonderveranstaltungen, sind berechtigt: 1. die Inhaber von gültigen, auf ihren Namen lautenden Kurkarten, 2. die Inhaber von Tageskarten zum Preise von 50 Pfg. Die Tageskarten berechtigen zu beliebigen Besuchen am Sonntagstage sowie zu allen den Kurkarten-Inhabern zustehenden Vorteilen, insbesondere auch zur Tagesmitte eines Strandkorb zu halbem Preise, 3. die Inhaber von Eintrittskarten, gültig zu einmaligem Besuche, 30 Pfg., 4. die Inhaber von Dugendkarten für einmaligen Besuch, 12 Karten kosten zwei Mark. Die Eingänge zum städtischen Kurkaal und zum Vorgarten werden eine halbe Stunde vor Beginn der Kurkonzerte für den freien Verkehr geschlossen. Daß Minderbemittelte, die mit ihren Angehörigen des Sonntags nach Travemünde kommen, diese Eintrittspreise nicht bezahlen können, liegt ohne weiteres auf der Hand. Man sieht sie auch gar nicht gern im Kurkaal. Wenn man sich nach daran erinnert, welches Geschrei im bürgerlichen Blätterwade darüber entstand, als seinerzeit das Kurhaus für seine Konzerte ein geringes Eintrittsgeld erheben wollte, dann muß man sich darüber doch sehr wundern, wie still es jetzt plötzlich geworden ist, wo der Staat die gleichen Wege beschreitet.

Zu Vertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Heinrich Evers hat Senator Dr. Dienau den Vorsitz in der Armenbehörde übernommen.

Wie sich der süßliche Staat die „Ertüchtigung“ unserer Jugend denkt, darüber wurden wir gestern abend wieder als Sturmböckel vorgeführt. Die Oberschulbehörde wurde als Sturmbock vorgeführt, um Stimmung für preussisch-reaktionäre „Jugendpflege“ unter den Handwerksmeistern zu machen. Es ist einmal so im Leben der weisen Staatshäupter, daß sie trotz ihrer überflügen Schlaubergerereien dennoch im Zugreifen so plump verfahren, daß selbst dem Bernagelksten auf den ersten Blick zu erkennen gegeben wird, wohin der Kuckuck fliegen soll. Schade nur, daß die guten Absichten der Behörden selbst von denen erkannt werden, die dazu berufen scheinen, als Leithammel im Kampfe gegen die Proletariatsjugend zu dienen. Denn wer am Mittwoch im Saale der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit die stundenlange Debatte der Handwerksmeister über die Fragen der „Ertüchtigung“ unserer Jugend mit anhörte, mußte sich nicht nur wundern über das eindeutige Vorgehen der süßlichen Behörden, sondern auch über die beschränkt-widerhaarige Auffassung der Gewerbetreibenden. Auf der einen Seite sind unsere Staatsoberen bereit, im Interesse der Staatserhaltung dem Handwerk gefügige zweibeinige Arbeitsmaschinen zu schaffen, und auf der anderen erachten die zu Beglückenden das „wohlwollende“ Beginnen als eine neue Last auf Kosten des bedrängten Gewerbestandes. Freilich war die Art, wie den Handwerksmeistern die Sache mundgerecht gemacht werden sollte, von dem Turnlehrer H o l t so charakteristisch, daß selbst dem Zahmsten jene bittere Flüssigkeit hochsteigen mußte, die nur bei ganz widrigen Erbrechungsfällen sich mühsam einen Ausweg sucht. Die süßliche Behörde hat beschlossen, dem gewerblichen Nachwuchs in der Zeit, die zwischen der Schulentlassung und der militärischen Reise liegt, die Autorität des Staates als sanften Druck aufzuerlegen, erstens, um die arbeitende Jugend vor sittlichen Gefahren zu schützen und zweitens, um das „völkische“ Gefühl zu entfachen. Selbstredend ganz unparteiisch. Zu diesem Zweck wurden in das Budget 3000 Mark eingestellt. Hier jetzt kommt der Teufelstritt dieser mit Hurra bewilligten Position zum Vorschein. Zwar heißt es im bescheidenen Amtsstil, die Ertüchtigung unserer gewerblichen Jugend soll völlig zwanglos geschehen, und der Staat wolle nur seine hilfreiche Hand bieten wie immer, wenn es sich um die Pflege staatsbürgerlicher Tugenden handle, doch plapperte hinter den Worten des Schulrats Prof. Dr. W h y t a m Herr H o l t unumwunden aus, daß die freiwillige Beteiligung der Jugend durch Beeinflussung des Lehrherrn zu geschehen habe und die politische Klugheit diese Unterstützung erfordere, wolle man einen Zwang zum Obligatorium vermeiden. Vorläufig beabsichtigt die Behörde, die 3000 Mark zu Turn-, Jugendspielen und Wanderungen für die Lehrlinge zu verwenden, die im Anschluß an die Fachschulen veranstaltet werden sollen, wie dies in „vorbildlicher“ Weise viele andere Städte bereits getan haben, hinter denen Lübeck nicht zurückstehen dürfte. Herr Lehrer H o l t und andere wiesen auf die abnehmende Militärtauglichkeit hin und vergaßen nicht anzuführen, daß nicht zuletzt jene Kreise Vorteil davon hätten, die die Mittel für die Ertüchtigung und Pflege edler Gesinnungen und Tugenden unter dem gewerblichen Nachwuchs aufbringen. Oberlehrer Dr. S t e f f e n zerschmetterte unbezweifelnd diese launere Absicht, indem er auf große rheinische Firmen hinwies, die gewiß nicht Mittel für solche Zwecke bewilligen würden, wenn sie nicht durch eine kräftiger werdende Arbeiterjahre praktische Vorteile bringen würden. Trotzdem Herr H o l t aufrichtig betonte, für das Wohlwollen und Interesse des Lehrherrn zu arbeiten, fand er als Worspann der Schulbehörde, die wieder durch den Staat in die Schlachtlinie geschickt wurde, den denkbar schärfsten Widerspruch bei den

Handwerksmeistern. Diese wittern in dem aufgeführten Ertüchtigung eine neue Belastung der Handwerker, wo sie schon nach ihrer Meinung genug an den Gewerbe- und Fachschulen zu zahlen haben. Sie glauben, daß es später so kommen werde wie in der Gewerbeschule, deren Lehrstunden man in die Arbeitszeit verlegt habe. Wahrscheinlich würde es auch mit dem Turnstunden so kommen, wodurch dem Lehrmeister eine nützliche Kraft zur tüchtigen Ausbildung im Fache immer mehr entzogen werde. Herr R o s e n q u i s t forderte vor allem einmal eine Unterstützung des Handwerks, statt der sich mehrenden Belastungen und wünschte die 3000 Mark für Verbesserungen der Fachschulen. Der Verein gewerblicher Lehrlinge bezweide bereits das von der Behörde Gewollte. Im Laufe der Debatte kamen alle Kleinmeisterwünsche zur Sprache und es schloß sich nicht an Stimmen, die die ganze Verlotterung der heutigen Lehrlinge glauben anführen zu müssen. In diesem Feldzug übte sich auch Herr S t e n d e r als Kämpfer, der den heutigen Zweifelpakt auf die Zerstückelung des Vaterlandes durch die Sozialdemokratie schob und betonte, daß die Handwerksmeister mit behilflich sein müßten, in unserer Jugend die Liebe zum Vaterland, zu Kaiser und Reich zu wecken. Mit einem Wort: die rote Johannisstraße liegt allen im Magen, gegen den Einfluß der Arbeiterkern mischten die Herren gern einen Damm aufzuwerfen, nur die Art des behördlichen Vorgehens ist ihnen nicht recht. Man hätte den Handwerkerstand vertraulich fragen sollen, dann wäre das Handelsgeschäft um die Arbeiterjugend hinter verschlossenen Türen zustande gekommen. Es ist ja heutzutage, daß nur von der angeblich drohenden „Verderbnis“ der Arbeiterjugend geredet wird, während bei denjenigen der Beherrschenden, wie namentlich die Taten der Bonner Studenten usw. zeigen, eitel Begeisterung für alles Edle und Absehen vor banalen Vergnügungen herrscht. Um diesem Uebel abzuwehren will nach den Worten des Herrn H o l t „Staat und Behörde die Arbeit in die Hand nehmen, wobei jetzt nur noch die Unterstützung der gewerblichen Kreise fehlt“. Es handelt sich beim angebotenen Zwang nicht um die Meinung des Herrn H o l t, sondern um „das voraussichtliche Resultat der Entwicklung im Reich, wie sie bereits vorgegriffen ist, wo das Gewerbe freiwillig nicht mitmachen wollte“. So sieht die für Knaben und Mädchen beschlossene militärische Drillpflicht aus, eine Fortsetzung des einseitigen Volksschulunterrichts bis zum endlichen Kadavergehörigam des militärischen Drillsystems. Niemand wird gegen die körperliche und geistige Kräftigung unserer Jugend etwas einzuwenden haben, wogegen sich aber der aufgeklärte Mensch zu wehren hat, das ist die staatliche Bevormundung in allem und jedem zugunsten der herrschenden Klassen. Ob sich Staats-, Stadtbehörden oder „sonstige „Böhlertätigkeit“ gesellschaften vereint dem politischen Erwachen entgegenstellen, daß auch in Lübeck die Traue nicht rückwärts läuft, wird Sache der Arbeiterjugend sein, und nicht zuletzt werden die Eltern schon im Hause dafür sorgen, daß ihr eigenes Fleisch und Blut im Gegenschöpfen des Eines nicht zu tief landt. Trotz aller staatlichen Zwangsmittel, die hier angewendet werden, mit oder ohne Willen der Handwerksmeister! Mögen die Beherrschenden und die Schamacher sich um ihre Erbschlingen kümmern; da haben sie wahrlich genug zu tun. Die werktätige Bevölkerung ist selbst einig, was ihrer Jugend dienlich ist.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gramm). Die Postermäßigung erstreckt sich nur auf die Briefe, nicht auch auf Postkarten, Draufzettel usw. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Kanada, Prinz Friedrich Wilhelm ab Bremen 16. Mai, Kaiser Wilhelm II. ab Bremen 19. Mai, Kaiserin Auguste Victoria ab Hamburg 21. Mai, Kronprinz Wilhelm ab Bremen 26. Mai, Imperator ab Hamburg 27. Mai, George Washington ab Bremen 30. Mai, Kronprinzessin Cecilie ab Bremen 2. Juni, Vaterland ab Hamburg 6. Juni, Kaiser Wilhelm der Große ab Bremen 10. Juni, Präsident Lincoln ab Hamburg 11. Juni, Prinz Friedrich Wilhelm ab Bremen 13. Juni. Postschluß nach Ankunft der Frachtschiffe. Alle diese Schiffe außer „Präsident Lincoln“ sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgeschwindigkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leichtermerk, wie „Direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

Stachelbeerblattwespen. Um der schweren Schädigung, die die Stachelbeerkulturen durch das massenhafte Auftreten der Larven der Stachelbeerblattwespe erfahren haben, möglichst rasch Einhalt zu tun, hat die staatliche Pflanzenschutzstelle (Lübeck, Museum am Dom) sofort größere Mengen Hohenheimer Brähe kommen lassen, die sich als unbedingt zuverlässiges Mittel dagegen erwiesen hat. Die Hohenheimer Brähe, die im Handel nicht zu haben ist, wird von den Volksgenossen und von der Pflanzenschutzstelle zum Selbstkostenpreis (1/2 Liter 0.30 Mk. einschl. Glas) abgegeben und ist für diesen Zweck mit der 3fachen Menge Wasser zu verdünnen. Die Sträucher werden dort, wo sie mit Tieren besetzt sind, mit einer fein stäubenden Spritze (Blumenspritze) eingespritzt, können im Notfall aber auch damit bespritzt werden.

Pflegestellen. Infolge der starken Nachfrage nach Pflegestellen in letzter Zeit sind die beim Stellennachweis des Jugendamts verzeichneten Pflegestellen fast sämtlich vergeben. Frauen, die Kinder gegen Entgelt in Pflege nehmen wollen, wird deshalb anheimgegeben, sich beim Jugendamt (Parade 1. 1. Obergesch. Zimmer Nr. 9) schriftlich oder mündlich zu melden.

Das Wässern des Spargels, welches dieses Gemüse in seinem Werte erheblich verringert, gilt als eine Verfallschuld von Nahrungsmitteln und wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und (oder) mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft. Unsere Leser finden im Interzettel eine diesbezügliche Warnung des Polizeiamtes, auf die wir hiermit hinweisen wollen.

Handelsregister. Am 13. Mai 1914 ist bei der Kommanditgesellschaft in Firma B i e h l u. F e h l i n g in Lübeck folgendes eingetragen worden: Die Prokura des L. G. F. W. Reinboth und des G. H. Abel ist erloschen. Dem G. W. Wappert in Lübeck ist dergestalt Gesamtprokura erteilt, daß er nur in Gemeinschaft mit einem der bisherigen Gesamtprokuristen zur Vertretung der Gesellschaft befugt ist.

Einen wirklich guten Besuch hatte L e i s e r s V i r t u s - A r e n a, welche bisher im Restaurant „Zum Burgfeld“ gastierte, zu verzeichnen und wurden die Darbietungen mit größtem Interesse aufgenommen. Das Programm ist gut und reichhaltig. Die Pausen werden durch die drolligen Witze der Clowns ausgefüllt. Diese Vorstellungen werden ab Freitag, den 15. Mai, im Garten des Restaurants „Zum grauen Gel.“ fortgesetzt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Mit der morgigen Vorstellung des „Liegenden Holländers“ beschließt das Stadttheater seine diesjährige Spielzeit und verabschiedet sich zugleich zwei hervorrangende Mitglieder unserer Oper: Tilly Schmidt, die nach Breslau geht, und Harry de Garmo, der für die Wiesbadener Hofbühne verpflichtet worden ist. Tilly Schmidt, die als jugendliche Fachdarstellerin überraschend schnell und sicher zur Darstellung raffig empfindender Frauengestalten kam, Harry de Garmo, der

neben realistischer Gestaltung künstlerisch vollendeten Akte dar gab; beiden wird sicher ein volles Haus als besondere Ehre zuteil werden. Für heute soll nochmals auf die „Emilia Galotti“-Aufführung verwiesen werden, die als Abschiedsvorstellung für Georg Brunow und Marie Wittig den Scheidenden nochmals Gelegenheit gibt, dem Publikum in ersten Rollen gegenüberzutreten zu können.

Wesentliche Trinkerfürsorgekette Lübeck, Parade 1 (Schloß Rankau). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 15. Mai, abends 6 bis 7 Uhr.

Schwartau. Die Genossinnen des Sozialdemokratischen Vereins Schwartau-Rensfeld veranstalten am Dimmelfahrtstag einen Ausflug mit ihren Kindern über Gr.-Barin nach dem Niebelsch, woselbst allerlei Belustigungen und Spiele stattfinden. Wer sich selbst und seinen Kindern ein paar frohe Stunden verschaffen will, der erhebe am Dimmelfahrtstage; Sammelplatz ist in der Parkstraße vor dem Gasthof zur Linde. Abmarsch präzis 1 Uhr. Genossinnen! Agitiert und erscheint in Massen.

Cutin. Ein Konflikt ist wegen der Versorgung Cutins mit Elektrizität zwischen der Stadt Cutin und dem Landesvorstand für das Fürstentum Lübeck ausgebrochen. Dem Magistrat ist dieses Schreiben des Landesvorstandes zugegangen: „Nachdem die Gemeindevertretung der Stadt Cutin beschloffen hat, die Frage der Rentabilität eines eigenen Elektrizitätswerks durch einen Sachverständigen prüfen zu lassen, sieht sich der Landesvorstand zu der Erklärung veranlaßt, daß diejenigen Teile Cutins, welche an die Wege des Landesverbandes angeschlossen, unter allen Umständen vom Landesverband, sei es mittelbar oder unmittelbar, mit Elektrizität versorgt werden sollen; ein eigenes Elektrizitätswerk würde also nur für die innere Stadt Bedeutung haben. Zugleich wird bemerkt, daß, wenn Cutin sich zum 1. Juli den Anschluß an die Überlandleitung nicht erklärt, sofort mit der Aufstellung der Masten usw. auf den dem Landesverband gehörenden Straßen begonnen werden wird.“ Darauf antwortet der Stadtmagistrat: „Gegen die Erklärung des Landesvorstandes vom 7./9. Mai erhebt der Stadtmagistrat Beschwerde beim Großherzoglichen Staatsministerium. Eine Entscheidung erscheint dem Stadtmagistrat nötig, um die Frage zu klären, ob der Landesvorstand betrechtigt ist, gegen den Willen einer Gemeinde elektrische Anlagen im Bezirk der Gemeinde zu machen.“

Hamburg. Der Streik der Speditionskutscher ist beendet. In den Verhandlungen zwischen dem Transportarbeiterverband und dem Unternehmerverband wurde festgestellt, daß der bisher geltende Vertrag ohne jede Änderung um ein Jahr verlängert wird. Die Bestimmung über die sogenannte neutrale halbe Stunde nach der üblichen Arbeitszeit, die zu mancherlei Differenzen führte, hat eine unabweisbare Auslegung erfahren. Im zweiten Vertragsjahr soll eine Erhöhung des Wochenlohnes um 50 Pfg. eintreten, ebenso im dritten Jahre. Die Ferienbestimmung ist erweitert. Nach einjähriger Beschäftigung sollen drei Tage Ferien gewährt werden, die sich jedes Jahr um einen Tag bis auf sechs Tage erhöhen. Anstatt jeden dritten Sonntag haben die Kutscher vom zweiten Vertragsjahr ab jeden zweiten Sonntag gänzlich frei. Feiertage gelten als Sonntage. Für die bisher ungeregelten Arbeitsbedingungen der Schuppenarbeiter sind Bestimmungen geschaffen. Ihr Lohn soll in drei Vertragsjahren von 29,50 Mk. auf 30,50 Mk. bei zehnstündiger Arbeitszeit steigen. Wo die Arbeitszeit länger ist, wird der Wochenlohn für jede weitere halbe Stunde an Tagen um 1,50 Mk. erhöht. Die Unternehmer verpflichten sich, innerhalb 10 Tagen 50 Prozent der Streikenden wieder einzustellen. Die übrigen 50 Prozent sollen nach Bedarf eingestellt werden. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Kutscher traten in ihre alten Rechte wieder ein. Die Kutscher haben am Dienstag abend diesen Abmachungen zugestimmt. Die Unternehmerversammlung hat es am Mittwoch getan. Der Versuch, das System der Arbeitskarten einzuführen, ist durch die Geschlossenheit der Kutscher abgefallen. Ebenso mußten die Unternehmer ihre Absicht aufgeben, die Organisation bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen auszuüben. Ein sehr großer Teil der Streikenden ist bereits wieder eingestellt. Befanntlich sollten 50 Prozent der Streikenden in den ersten zehn Tagen eingestellt werden, doch sind in einigen Betrieben, so bei der Transport-Aktien-Gesellschaft jetzt schon fast 100 Prozent der Streikenden wieder in Arbeit, ein Beweis dafür, daß die Unternehmer mit den Streikbrechern nicht viel anzufangen wissen und froh sind, daß sie ihre alten Leute wieder haben.

Hamburg. Todeskurz vom Neubau. In dem großen Neubau von Dyckerhoff u. Widmann an der Cispalade ereignete sich heute vormittag 11 Uhr ein schwerer Unglücksfall. Der Betonhilfsarbeiter Rudolf Petersson stürzte vom 4. Stockwerk über das Schutzdach auf die Straße und war sofort tot. Der Verunglückte stand kurz vor seiner Verheiratung und hinterläßt ein uneheliches Kind.

Altona. Für 10000 Mark Straußfedern u. gestohlen. In der Nacht zum Dienstag wurde in dem Buggeschäft von Hammerich am Schulterblatt 145 ein Einbruch ausgeführt. Die Täter sind vom Treppenturm des Nachbarhauses aus dem Fenster gestiegen, haben eine Mauer erklettert und sind dann in den Hof gelangt. Hier haben sie an einem vergitterten Fenster die eisernen Stäbe mittels Feile durchgeschnitten, auseinandergebogen, das Fenster zerbrochen und sind dann eingestiegen. Gestohlen wurden schwarze Straußfedern, Reiher, Arabienvögel und Kompabours im Gesamtwerte von ca. 10 000 Mk. Soweit bis jetzt ermittelt, kommen drei Täter in Betracht. Gestern morgen wurde in der Adolfsstraße ein früherer Arbeiter, jetziger Händler Neuendorf ermittelt und festgenommen. In seiner Wohnung wurde im Kofett versteckt ein kleiner Handkoffer gefunden, der für ca. 2000 Mk. Straußfedern enthielt. Die Ermittlungen nach den anderen beiden Tätern werden fortgesetzt, man ist ihnen bereits auf der Spur. Die Reiher, die einen Wert von 3000 Mk. haben, hat der Geschädigte erst am Tage zuvor bekommen.

Mölin. Ein folgenschweres Brandunglück ereignete sich in Klein-Hollen, in der Nähe von Wassen. Aus unbekannter Ursache brach in dem Hause des Anbauers Friedrich Jäger ein Feuer aus. Da der Eigentümer mit seiner Familie verreist war, befand sich die 73jährige Schwiegermutter, die Witwe O h r o g g e, allein im Hause. Sie wurde von dem Feuer anscheinend völlig überrascht; mit schweren Brandwunden, denen sie bald erlag, wurde sie aufgefunden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: T. H. Sch w a r z. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volkshotel“

Lübeck
Ahrbergs Hannoverische Wurst- u. Aufschnittwar.
 Hühnerfleisch, Fleischwaren, 17 Fernspr. 2698
 Strohh- und Filzfabrik Bertrand
 Hinter St. Petri 9
 Waschen, Färben und Umpressen nach den neuesten Formen.
Fr. Bibow, Engelsgrube 57
 Salzheringe aller Art, Fischkonserven en-gros. Tel. 908.
H. Christiansen Wahnstraße 30
 Fernruf 2413
 Flugarten, Spiegel, Luxus- u. Gebrauchsmöbel. Eig. Möbeltischl.
Herm. Dose, Hundestr. 62
 Roßschlächtere
 Spezialität: Feine Wurstwaren.
Hamburger Kaffee-Lager
 Holstenstraße 10.
Meumann & Erdmann
 Breite Str. 53. Kontor-Bedarfsartikel, Continental-Schreibmasch. Kopier-Werkstatt.
Franz Schetterling jr. Beckergrube 50.
 Tel. 8202. Sellaermeister Tel. 8202.
 Spezialität: Angelgeräte.
Ludwig Schüter
 Beckergrube 24. Telefon 72
 Luxusführerwerk, Automobilvermietung, Tag u. Nacht geöffnet.
Heinrich Telenitz
 Königstr. 22. Ecke Pfaffenstr.
 Wäsche u. Aussteuerart. aller Art.
H. Hahn Gr. Burgstr. 32
 Photograph. Atelier.
W. Krahn Königstr. 48
 Butter, Milch.
 Fisch- und Fettwarenhandlung
H. Rosbach Fackenburg Allee 15 b
R. Ködlig Königstraße 121
 Angelgeräte und Netze.
Carl Schmoor Wickederstr. 14
 Fischhandlung
Arbeiter-Artik. Manufakturw.
Otto Albers
 Markt 4 Kohlmart 10
 Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art.
Johann Wittmer Drögestr. 12
 Ecke Warend St.
 Manufakturwaren - Konfektion Bettfedern-Reinigungsanstalt
Arbeiter- und Berufskleidg.
J. H. Pein
 am Markt Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskleidung, Hüte und Hüten.
Bäckereien
G. Dose, Engelsgrube 54.
Nicolaus Brühl Fein-Grödbäckerei
 Allee 32.
Richard Bastian, Kl. Allee 19
P. Johannesen Konditorei
 Fleischhauerstr. 31.
H. Bengelsdorf, Dankwartsgrube 41
 Back u. Kond., empf. feil. fische Backw.
Betten-Geschäft
 Pauline Karstadt
Carl Karstadt's Ww.
 Holstenstraße 19
 Erstes Spezialhaus am Platze.
Blumen u. Kränze
Robert Mißling
 Breitestr. 55, Ecke Johannisstr.
 Blumenbinderei u. Pflanzenbandl.
Wiese, Pfaffenstr. Kränze
Gesundheitsbrot
 Verlangt
Simonsbrot
 Vollkornbrot u. reinen Roggen
 Spezialität: auf Feinstmehl
 - Frisch ausgebacken -
 erhältlich in 50 Niederlagen.
 Trinken Sie **Hartwig's** „Ideal“ Kaffee
 er schmeckt vorzüglich
 Preisliste L 26 bis C - Nr., besonders kräftig Pfl. L 29 Nr.

Brauereien
 Trinkt **Adler-Biere**
 Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**
 Trinkt **Kieler Schloßbräu**
 Vortret. für Lübeck u. Umgegend.
 Fr. Kropf, Glockengießstraße 87.
Ratzeburger Aktien-Brauerei
 Trinkt **Elbschloßbräu**
Brot-Fabrik
 Lübecker Central-Brotfabrik
 Rich. Spangenberg & Co., G. m. b. H.
 Lindenstr. 20-22 - Fernruf 256.
 Auf je 10 Pfg. 2 Rabatmarken
Butter und Margarine
C. Schepler
 Pfaffenstraße 2
 erstes Spezialhaus für Butter
 Eler-Margarine
 Verlang. Sie ausdrücklich
 Siegerin
 Mohra
 Palmato
 die Elite-Margarine-Marken
Drogen u. Farben
Drogen u. Farben
 Ferd. Kayser
Eisenwaren u. Werkzeuge
Rob. Koosmann
 Beckergrube 34, Tel. 1210
 Werkzeuge für sämtliche Gewerbe.
 Spezialität: Töpfer- und Fliesenansetzer-Werkzeuge.
Franz Genzmer
 Fackenburg Allee 10 b
 Fernsprecher 1031.
Emil Seidel & Co.
 Burgstraße 40, Baubeschläge,
 Ofen, He-De, Werkzeuge.
Färberei, Chem. Reinigung
Alw. Karstadt
 Annahmestellen:
 in allen Stadtteilen
 Telefon 313 • Telefon 312
Färber
Lehfeldt
 Johannisstraße 70
 reinigt und bügelt
 Herren-Garderoben.
Herrenartikel
Heinrich Waller Breite Str. 53.
 Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.
Ernst Wehde
 Beckergrube 33
 Hüte, Mützen.
Hüte und Mützen
Hut-Fabrik
 Adolph Bismarck, Wahnstr. 9.
Jos. Tralow, Wahnstr. 11
 Inh. Ferd. Kauffeld.
 Vertriebs- u. Gyünder-u. Klapphüt.
Ed. Hirsekorn
 Sandstraße 20 :

Praktischer Wegweiser
 Erscheint einmal wöchentlich • Geschäfte • empfohlen
Unger & v. Deesen
 Sandstr. 20, I. Etage Westfälisches Leinwandhaus Sandstr. 20, I. Etage die billigsten am Platze.
Spezial-Butter- und Margarine-Haus.
Fr. Warnecke
 Breitestr. 1-5.
Chem. Reinigung- u. Bügelanstalt
J. Brauner, Schneidermeister
 Wahnstraße 71
 Änderung u. Reparaturen billigst
Cigarrenhdlg.
Hermann Kersten
 Huxstraße 8.
 Hamb. Regatta 35 Pfg., 10 St. 48 Pfg.
Hermann Wieghorst
 Am Markt . . . Neben der Post Ecke weit. Krambuden.
W. Bahrdt, Huxstraße 104.
Ludw. Beth, Untertrave 6.
M. Förster, Huxstr. 38.
Carl Hass Dankwartsgrube 44.
J. Möller, St. Annenstr. 19.
E. Palow Ecke Engelswisch, Alleeide.
Adolf Röhrich Holstenstr. 5
 Ecke Schlüsselbud.
Otto Schlamm, Königstr. 48 b.
Fleisch- und Wurstwaren
Ch. Hamann
 Schlächterei Markt 7
 Kehlmarkt 4
 Telefon 8923.
Herm. Miljes
 Schlüsselbuden Nr. 30
W. Pätow
 Dankwartsgrube 46.
Herm. Spangenberg
 Schlächterei und Wurstfabrik
 Schwartzauer-Allee 59
Heinrich Kronsbein
 Travellmannstraße 55/56
 Hansastraße 95. -
J. Raabe, Rosenstraße 31.
Fuhrwesen und Möbeltransport
H. F. Meiners
 Dankwartsgrube 57/59
 Möbeltransport und Lagerung
 Equipagen für jede Gelegenheit
 Automobile, Taxameter
 Tag und Nacht Betrieb
 Telefon Nr. 800.
Garten-Sämereien
Friedrich Michael
 Breitestr. 49
Hüte und Mützen
Hut-Fabrik
 Adolph Bismarck, Wahnstr. 9.
Jos. Tralow, Wahnstr. 11
 Inh. Ferd. Kauffeld.
 Vertriebs- u. Gyünder-u. Klapphüt.
Ed. Hirsekorn
 Sandstraße 20 :

Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu Aktienbierbrauerei Lübeck
Maßgeschäfte für Herrenmoden
I. H. Robbran
 Königstr. 74
 Modern. Herrngarderob. u. Maß
 Fr. Möller Inh. Ad. Fink, Marlesgrube 31/33, Herrenm.
Meierei
HANSA-MEIEREI
 Lübecks Amme
 Milch u. Milchprodukte in anerkannt bester Qualität
Treibriemen u. Sattlerwaren
H. Köppke & Eggers
 Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
 Reise-Utensilien, Schuhmapp.
 Taschen, Portemonnaies etc.
 Huxstraße 29.
Uhren- und Goldwaren
Ludwig Zander
 Goldschmied . . . Marlesgrube 3
G. Herbst Uhrenhandlung, Repar.
 Werkst. Glockeng. St. 67
A. Matern Beckergrube 26
 Schweizer Uhren.
 Gast. Richter Reparaturen gut
 Wakenitzmauer 64
Weine
 Rot-, Weiss- und Südwine
 vortrefflich bei
Kniep & Bartels.
J. H. Stooss
 Engelsgrube 41/3
 Weine - Liköre.
Waschanstalt
 Lübecker Fein- u. Hauswäscherei
 L. Redden, Schützenstraße 43 a.
Mölin
 Brauerei zum Bulenspiegel
 Gebr. Waechter.
Lübecker Hof Besitzer
 H. Mahn
 Tanzsalon, Kegelbahn, Restaurant
 für Vereine und Gewerkschaften.
 H. Bruns Tabak, Zigarren,
 Zigaretten, Bahnhofstr. 18
Schlutup
 Gasthof Post H. Vetter
 Empfehlensw. Lokal.
Eutin
Adler-Drogerie Inh. N. Wohlert
 Plönerstr. 28.
 Drogen, Farben, Photo-Artikel,
 Artikelz. Kinder- u. Krankenpflege
Rob. Bendt Beste u. billig. Bezugs-
 quelle in Schuhwaren.
Schwartau
L. Schaap
 Manufakturwaren und Konfektion
 Aussteuerartikel, Nähmaschinen.
Adler-Drogerie Hans Grampy
 Parb., Kräftigung.
 H. Timm Tabak- und
 Cigarrenfabrik.
Stockelsdorf-Fackenburg
C. Freese Fahrräder, Nähmaschinen
 und Reparaturwerkst.
H. Sperling Binderei,
 Topfpflanzen etc.
N. Junk Schuhwaren und
 Reparatur-Werkstatt.
G. Waackenhut, Sargmagazin.
Restaurants
 Restaur. Zum Goldenen Fass
 und Central-Herberge
 C. Schroeder, Lederstraße 3.
 Restaurant
Robert Müller Moislinger Allee 57 a
H. Noppau, Fackenburg Allee 76
Tapeten, Teppich.
Schwane & Heeschen
 Königstraße 69
 Möbeltstoffe ; ; ;
 ; ; ; Gardinen
Theater
 Besucht das
Variété International
 Untertrave 43.

Buchdruckerei
Friedr. Meyer & Co., Lübeck
 Johannisstraße 46.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 13. Mai 1914.

256. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Solff.
Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zu einer Erklärung das Wort

Dr. Dieckmann (SD.): In der gestrigen Sitzung hat der Abg. Erzberger als Berichterstatter in meiner Abwesenheit und ohne mich vorher zu benachrichtigen erklärt: Die Staatsanwaltschaft hätte ein Einschreiten gegen die Firma Goertz zweimal abgelehnt und ich hätte davon kein Wort gesagt. Ist stelle demgegenüber fest: 1. das Verfahren schwebt noch bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin II unter dem Zeichen I 502/12. 2. Ich habe am Montag ausdrücklich gesagt, daß die Staatsanwaltschaft sich bisher geweigert hat, Anklage zu erheben. 3. Alles, was ich angeführt habe, war wörtlich den eidlichen Aussagen der im Vorverfahren gegen die Firma Goertz vernommenen Zeugen entnommen. — Dies für Herrn Erzberger! (Leb. Bravo! bei den Soz.)
Erzberger (Z.): Ich halte aufrecht, daß die Staatsanwaltschaft trotz dieser Zeugenaussagen zweimal abgelehnt hat, das Verfahren wegen Aktienbetrug, Betrug und Befreiung gegen die Firma Goertz zu eröffnen.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der

zweiten Lesung des Kolonialgesetzes (Kamerun, Duala-Enteignung).

Zhr. v. Rechenberg (Z.): Die Enteignung der Duala wird mit der Notwendigkeit der Malariaabkämpfung begründet. Aber die Ansichten der Wissenschaft über die beste Methode dazu haben sehr stark geschwankt und sehr rasch gewechselt. Der jetzt vorgeschlagene hygienische Schutzstreifen von 1 Kilometer Breite zwischen den schwarzen Seuchenträgern und dem weißen Schutzgebiet kann schon deshalb kein wirksames Abwehrmittel der Ansteckung sein, weil ihn Tausende täglich hinüber und herüber überschreiten werden. Daß man die Schwarzen zwingen will, auch ihre gesunden Steinhäuser aufzugeben und zu vermieten, scheint mir Beweis dafür, daß man es weniger auf die Seuchenabkämpfung als auf die Rassentrennung abgesehen hat. Die Abdrängung der Duala vom Fluß, ihrem Lebensselement, wird auch durch das Versprechen künftiger Kanalbauten und Regulierarbeiten für sie nicht erträglicher. Gedankt man übrigens, die Enteignung der Duala auch an den ihnen neu angewiesenen Wohnplätzen zu wiederholen, wenn die Europäerstadt wächst? Die Regierung macht den Duala einen Vorwurf daraus, daß sie auf den Wertzuwachs spekulieren. Aber sie zahlen ja jährlich 3 Millionen Steuer; mehr verlangt man von Europäern auch nicht. Im übrigen galt bisher selbst qualifizierte Freiheit nicht als genügender Grund für die Enteignung. Der Reichstag hätte nach alledem das Recht, die geforderten Summen abzulehnen und eingehendere Vorarbeiten zu verlangen. Trotzdem bitte ich Sie, nach dem Antrage der Budgetkommission die Position anzunehmen, weil die Autorität der Regierung und der Weissen überhaupt im Schutzgebiet durch ein plötzliches völliges Einstellen der Enteignungsaktion aufs schwerste leiden müßte. Wir werden aber auch in Zukunft das Vorgehen der Regierung gegen die Duala genau kontrollieren. (Bravo! im Zentr.)

Kainath (M.) fordert für Kamerun eine großzügige Eisenbahnpolitik, deren Kosten das Reich tragen müsse, weil das Schutzgebiet infolge der Kaufkraftkrise und der Aufwendungen für Neu-Kamerun nicht leistungsfähig sei. Die Seuchenabkämpfung müsse international organisiert werden. Die Enteignung der Duala sei eine Staatsnotwendigkeit, um ihr rückwärtsgerichtetes Grundbesitzmonopol zu brechen. Im übrigen könne man dabei so schonend wie möglich verfahren.

Dr. Brabeand (Sp.): Der „Vorwärts“ hat das Kolonialamt und die bürgerlichen Parteien ungeheuerlich be-

schimpft. Ueber die 8000-Mark-Affäre des R.-A. Dr. Halpert schreibt er: „Die moralische Fäulnis stinkt zum Himmel.“ Nun, wir haben das Sprichwort: „Wers zuetzt gerochen, hats verbrochen.“ Die Ungeheuerlichkeiten der Regierung bei der Beschlagnahme und dem Vorgehen gegen Bell und Ohn dürfen die sachliche Entscheidung nicht beeinflussen, denn die Enteignung ist notwendig. Die Aufstandsgesfahr in Kamerun ist so wenig das Werk von Spitzeln, wie die Befreiung des Kaiser-Friedrich-Denkmal. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Dr. v. Böhlendorff-Kölpin (R.) preist die Einigkeit der bürgerlichen Parteien in dieser Frage. In der Regierungsschrift stehe manches Unpassende, aber die Regierungsautorität müsse unbedingt aufrecht erhalten bleiben, um Deutschlands prächtigen Kolonialbesitz weiter zu entwickeln. (Bravo! rechts.)

Dr. Arendt (Rp.) rühmt sich der Vaterhaft der Enteignungsvorlage. Er habe seit seiner Kamerunreise 1905 die Enteignungsvorlage empfohlen. Daß die Sozialdemokraten bei der Enteignung jede Gewaltanwendung verwerfen, ist immerhin eine große Beruhigung für die deutschen Kapitalisten. (Heiterkeit.) Der früheren Enteignung haben auch die Sozialdemokraten zugestimmt, obwohl sie lediglich aus materiellen Gründen vorgenommen wurde. Diesmal sind es ausschließlich sanitäre Gründe, die zu ihr geführt haben, sie ist lediglich von den Medizinern her angeregt worden.

Die Beratung wird wegen der namentlichen Abstimmung über die Forderung unterbrochen, das Grundstück in der Viktoriastraße zu verwenden für den

Neubau des Militärkabinetts.

Die Forderung wird mit 268 gegen 75 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Dann wird die unterbrochene Beratung fortgesetzt.

Staatssekretär Dr. Solff: Manga Bell, mit dem ich wegen der Enteignung vor einem Jahre bei meiner Anwesenheit in Duala verhandelte, versicherte, er werde gehorchen und dafür sorgen, daß auch sein Volk gehorcht. Ich glaubte damals, daß das schwierige Werk sich glatt würde durchführen lassen. Auf die Angriffe des Rechtsanwalts Halpert war ich in der Kommission nicht vorbereitet. Das sich daraus ergebende Nichtwissen hat der Kommission leider nicht genügt, sie hat zunächst ihren ersten Beschluß auf Hemmung der Enteignung gesetzt. Daß die Kommission sich hat täuschen lassen, kann ich sehr wohl verstehen, bin ich doch selbst, der ich die Duala gründlich kenne, getäuscht worden. Daß durch die Denkschrift der Eindrücke erweckt wurde, wir wollten dem Rechtsanwalts Halpert vorwerfen, daß er sich bezahnen lasse, tut mir leid; für uns handelt es sich nur darum, die Duala richtig zu schildern, die hier so sehr benachteiligt werden, während sie doch in der Lage sind, in ganz kurzer Zeit 8000 Mark flüssig zu machen, um ihre Interessen in Berlin zu vertreten. Bei der Verhandlung des Regers Ohn hat das Kolonialamt in keiner Weise mitgewirkt, wie der Abg. Wels behauptet hat; ich habe erst in der Kommission davon Kenntnis bekommen. Es ist auch nicht richtig, daß seine Post zurückgehalten worden ist. Die Geheimakten, von denen Herr Wels sprach, scheint er durch Heimgeländchen von derselben Farbe bekommen zu haben, wie die Klientel des Rechtsanwalts Halpert. Daß der frühere Gouverneur Gleim sich gegen die Enteignung ausgesprochen hat, ist nicht richtig; soweit er Vorklagen gemacht hat, wurden sie vom Kolonialamt berücksichtigt bis auf den einen auf Herabsetzung der Mittel; das lehnten wir gerade im Interesse der Duala ab. Der Vorwurf des Herrn Dr. Frank, wir hätten sechs Wochen auf die Denkschrift warten lassen, ist unzutreffend, wir haben sie acht Tage nach Eingang der Akten abgeliefert. Beleidigungen des Herrn Rechtsanwalts Halpert, die man uns vorwirft, sind in ihr nicht enthalten. (Abg. Ledebour (SD.): Bewußte Unwahrheit soll keine Beleidigung sein!) Das ist von den Duala gesagt; man beleidigt doch nicht einen Anwalt, wenn man seinen Mandanten Unwahrheit vorwirft.

Die Anregungen des Herrn Abg. Rechenberg will ich gern prüfen. Die Schwierigkeiten bei der Enteignung sind nur durch die Hartnäckigkeit der Duala entstanden. Wenn Sie die Forderung der Regierung annehmen, werden Sie in wenigen Jahren eine Dankpetition der Duala erhalten. (Lachen bei den Soz.) Denn sie haben ihnen dann ein Licht über ihre famosen Führer aufgedeckt und ihnen neue Wohnsitze eröffnet, in denen sie ihr Familienleben glücklich weiter entwickeln können. Vor allem aber werden die Weissen in Kamerun diesen Tag mit goldenen Lettern in das Buch der Geschichte dieses Landes eintragen. Er gründet den größten Welthafen an der afrikanischen Küste, über ihm soll die deutsche Flagge wehen und kein Duala soll sie herunterholen. (Lebhafter Beifall bei den bürgerl. Parteien.)

Davidson (SD.): Der Staatssekretär hat von den Hauptpunkten abgelenkt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Freiherr v. Rechenberg hat scharfe Kritik an der Regierungspolitik geübt, will aber trotzdem im Interesse des Ansehens der Weissen der Enteignung zustimmen. Eine solche Prestige-Politik machen wir nicht mit. Würden wir uns den Prestige-forderungen der verschiedenen Reichsämter fügen, so ginge das Prestige des Reichstages völlig zum Teufel. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dann läßt dem Prestige der Justiz zuliebe Frau Hamm noch heute im Zuchthaus. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr Brabeand hat sich über den heutigen „Vorwärts“ entäußert; ich will dessen temperamentvolle Auslassung gewiß nicht mit Haut und Haaren schlucken; aber gerade den Fortschrittler und besonders ihrer freiwilligen Hamburger Rettungscolonne Brabeand, Heßler u. Co. (Heiterkeit) könnte in passenden Fällen ein wenig mehr Temperament und empörtes Recht gefühlt nicht schaden. (Sehr gut! bei den Soz., Lachen bei den Lib.) Ueber die Nichtverteilung der Denkschrift des Rechtsanwalts Halpert werden wir uns nicht verständigigen. Wir haben ganz andere Auffassungen wie Sie über das, was einem Angegriffenen gegenüber fair ist. Nun zu dem Kern der Frage. Wir haben in diesen Tagen sehr viel von der Rechtmäßigkeit der Enteignung sprechen hören. Trotzdem werden wir mit unseren Resolutionen nur leeres Stroh gedroschen haben, wenn wir bei unseren kolonialen Maßregeln nicht endlich nach der Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Humanität und Zivilisation fragen. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr Kainath geht einfach mit einem Witz darüber hinweg. Weiß er denn nicht, daß den Duala gegenüber viel schärfere Enteignungsgeetze gelten, als für die Europäer? (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn Sie diese Enteignungsgeetze auf Deutschland übertragen wollen, so werden wir nicht bremsen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn dann aber der Bergwerksbesitzer Kainath nach diesen Geetzen enteignet werden würde, wie würde dann er und alle Bergwerksbesitzer schreien. (Heiterkeit.) Hier freilich handelt es sich nur um arme Eingeborene, und da fragt man nicht erst lange nach Recht und Gerechtigkeit. Dafür ein kleines formales Beispiel. Die Regierung macht dem Rechtsanwalts Halpert einen Vorwurf daraus, daß er das Abkommen von 1884, durch das Deutschland Kamerun erwarb, falsch zitiere. Er hatte nämlich übersetzt, das Land müsse im Besitz der Eingeborenen bleiben, während die Regierung das Wort „bleiben“ bestritt. Aber in der Regierungsvorlage von 1884 über den Erwerb Kameruns steht das Wort und ebenso hat es noch im Jahre 1913 der Gouverneur Ebermayer gebraucht. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Eingeborenen wehren sich gegen die Enteignung nicht nur aus materiellen Gründen, sondern auch aus Pietät. Seit vielen hundert Jahren pflegen sie ihre Toten unter ihren Wohnstätten zu begraben, und jetzt sollen sie davon vertrieben werden. Die Regierung macht Duala Manga (Rudolf Bell) für angebliche Verhöhnungen seines Bruders verantwortlich. Der Vater des Duala Manga hatte 15 bis 20 Frauen und über 30 Kinder, darunter etwa 20 Söhne, und da soll Rudolf Bell der Hüter seines Bruders sein. (Heiterkeit.) Ebenso lächerlich sind die Vorwürfe der Regierung gegen den Regier Ohn. Der Staatssekretär hat hervorgerufen, daß er wegen Unterschlagung mit zwei Jahren Kettenhaft bestraft sei. Aber danach hat ihn die Regierung als Beamten ange stellt, ihn 6 Jahre lang im Dienst gehalten

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Weibgenossenschaft
von Graf E. A. Salias.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(42. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Haben Sie vielleicht Tollkraut gegessen?“ fuhr Milowanow auf, so daß der robuste Beamte erschreckt zusammenfuhr. „Erlauben Sie“, entgegnete jener, „ich werde niemand erlauben, in dieser Weise mit mir zu reden, geschweige denn einem Leibeigenen.“

„Dann seien Sie nicht so frech! Sie wagen es, mich einen Dieb, einen Mörder zu nennen? Meine Gattin ist eine Fürstin Beresopolska, eine geborene Fürstin, und nicht etwa ein Bauerntöchterchen, welches zu einer Fürstin avancierte.“

Milowanow schwieg; sein Gesicht war totbleich, und seine Hände bebten.

„Wohin, wohin!“ machte der Beamte. „So... so... so ist Ihre Geschichte? Ich glaube, es würde sich hier alles einfach abwickeln, und da finde ich schließlich eine Biographie von Plutarch... Sie behaupten also, Ihre Gattin ist eine geborene Fürstin, und jene... Eulampie... oder wie heißt das Frauenzimmer eigentlich... also sie ist ein Bauerntöchterchen? Nun, nun... siebenunddreißig Jahre diene ich bereits dem Kaiser, aber solch ein Promemorium habe ich noch nicht gehört... In den Zeitungen und in den Journalen habe ich freilich so etwas zuweilen gelesen... Aber so kann es doch nicht bleiben... Wenn Ihre Frau eine geborene Fürstin ist, so besitzt sie zweifelsohne ein großes Vermögen, und Sie werden sich doch von diesem Bauerntöchterchen, welches über Nacht zur Fürstin geworden ist, nicht ins Badshorn jagen lassen? Man muß sich die Sache reiflich überlegen... Heute kann ich Ihnen mich noch nicht erklären, aber ich treue mich aufrichtig, Ihre Bekanntschaft gemacht zu haben.“

Der Beamte streckte seine rote Tasse aus, in welche Milowanow nur zögernd seine Rechte legte.

„Jetzt werden wir Freunde sein“, rief er. „Morgen komme ich wieder, aber es ist besser... Sie bemühen sich zu mir... Sie begreifen wohl selbst, mein Herr, es kann hieraus großes Unheil entstehen, oder aber großes Glück... also auf Wiedersehen... bis morgen! Ich darf Sie doch bestimmt erwarten?“

„Ganz gewiß“, erwiderte Milowanow, und seine fügte er hinzu: Eugenie, Fürstin Beresopolska.“

„Ja, ja, mein Herr, Sie glauben die Geschichte wohl nicht? Mein Gott, ich könnte Ihre Geschichte beinahe auch nicht glauben. Ganz gewiß, Ihren Worten würde ich keinen Glauben beimessen, aber Ihr verstorben Gesichtsausdruck überzeugte mich. Also bitte, besuchen Sie mich morgen, wir wollen dann dieser Fürstin schon eine ordentliche Karambolage ausdenken... Das ist nämlich ein technischer Ausdruck beim Billardspiel... Und ich sage Ihnen, mein Herr, im Billardspiel bin ich Meister.“

Der Fremde lachte vergnügt und ging polternd die Treppe hinunter.

Milowanow begab sich zu seiner Frau, doch auf halbem Wege blieb er stehen und sprach mit lauter Stimme:

„Soll ich ihr jetzt schon alles sagen oder aber damit warten? Sie könnte sich erschrecken... zumal da sie ihr Kind stillt... So, so... deshalb hat also der Fürst geschwiegen... Fürstin Eugenie... Was für eine häßliche Geschichte... ein Fürst heiratet ein Bauerntöchterchen! Plötzlich stochte ihm die Stimme, und er murmelte: „Und ich...“

Als er sich zu seiner Frau begab, zwang er sich, ganz ruhig zu sein. Langsam fing er an sie auf die schreckliche Wahrheit vorzubereiten. Allein da er weder zu lügen noch zu heucheln verstand, teilte er ihr schließlich den ganzen Sachverhalt mit. Pauline verstand anfangs ihren Gatten nicht; als sie jedoch zu begreifen begann, sprang sie entsetzt mit völlig verstörtem Gesicht auf, und gleich darauf sank sie auf ihren Sessel zurück, während Leidenblässe ihr Antlitz bedeckte.

„Fürstin Eugenie Beresopolska... unsere Herrin?“ sagte sie tonlos. „Sie verlangt... daß wir... als ihre Leibeigenen... auf das Gut... zurückkehren? Wie... was... wir sind... ihre Leibeigenen?“

„Ja, ja“, antwortete Milowanow, „ich lege mir immer dieselbe Frage vor, und dennoch ist die Sache höchst einfach. Fürst Elias und Eugenie waren in der Kirche und haben die Ringe gewechselt... Wir konnten dies erwarten.“

„Jury, weißt Du aber, was daraus... sehen kann? Wir sind ganz gewiß verloren... Sie liebt Dich und liebt Dich noch heute... Ah, nun verstehe ich alles! Sie... sie... verhinderterte ihn, uns das Dokument zu schicken... und sie hat bloß geheiratet, um Rache zu nehmen... Rache an Dir und an mir...“

„Aber warum gehören wir denn ihr, und nicht dem Fürsten Elias? Wie soll ich dieses nur verstehen?“

„Er hat uns verkauft oder verschenkt... Dich, mich und...“

„Jetzt kann sie uns an drei verschiedene Herren verkaufen und unter Kindern töten“, sagte sie mit tonloser Stimme.

„Dann erstarbe ich sie“, rief Milowanow.

„Ach, würden wir etwa dadurch unsere Freiheit erlangen?“

Jetzt entstand eine lange, lange Pause.

„Ich bin daran schuld“, fuhr sie jammernd fort; ich... ich allein... Ich habe ja wie ein kleines, unvernünftiges Kind gehandelt... und jetzt muß ich Euch beide befreien, und wäre es auch um den Preis meines Lebens!“

„Du schwärest, ohne zu wissen, was Du sprichst. Du willst sterben? Wenn ich ihr die Gurgel durchschneide, so ist das etwas ganz Natürliches, aber daß Du vom Sterben sprichst, ist ganz unerhört.“

Nach einigen Minuten lachte Pauline grell und bitter auf.

„Ein Stubenmädchen... eine Bäuerin... zu heiraten... zur Fürstin zu machen!“ rief sie. „Und er will ein gebildeter Mann sein!“

„Ei, ei!“ seufzte Milowanow. „Und wir...“

Am folgenden Morgen begab sich Jegor zu dem Beamten; derselbe hieß Pawlinow. In der Wohnung dieses Herrn herrschte eine gräßliche Unordnung und eine entsetzliche Unsauberkeit; dieser Staub bedeckte die Möbel, und überall lagen Papiere umher. Das Zimmer glied eher einem Archiv, als einem Kabinett. Vor dem Schreibtische stand ein vorläufiger Stuhl, auf welchem Pawlinow sich niederließ, indem er Milowanow erudete, ihm gegenüber Platz zu nehmen.

Der Beamte erzählte, er habe bereits mit mehreren Bekannten Rücksprache genommen und verschiedene Gesetzesparagrafen nachgeschlagen, und er hoffe, daß noch nicht alles verloren sei, obwohl es noch viele Unannehmlichkeiten geben und große Kosten verursachen würde. Ein passanter fragte er hierauf, was Milowanow anzuwenden gewillt sei, und als dieser die Anspielung nicht verstand, so wurde er sofort deutlicher.

Der Beamte erzählte, er habe bereits mit mehreren Bekannten Rücksprache genommen und verschiedene Gesetzesparagrafen nachgeschlagen, und er hoffe, daß noch nicht alles verloren sei, obwohl es noch viele Unannehmlichkeiten geben und große Kosten verursachen würde. Ein passanter fragte er hierauf, was Milowanow anzuwenden gewillt sei, und als dieser die Anspielung nicht verstand, so wurde er sofort deutlicher.

und ihn dann mit einer Extraportie von 300 Wt. auf eigenen Wunsch aus dem Dienst entlassen. So schlimm kann es also mit ihm unumgänglich gehen. Von seiner Verhaftung und Verhaftung in Deutschland haben sämtliche Polizeibehörden gewußt, nur das Reichsstatistikamt nicht. Das erinnert an die vollkommene Unkenntnis des Reichsstatistikamtes in Sachen des Wehrbeitrages der Ausländer. (Sehr wahr!) Vollkommen unauferlegt ist die Zurückhaltung des Telegramms geblieben, das die Duala am 15. Januar vor. Js. an den Reichstag schicken wollten. Die Verfügung, nach der es beschlagnahmt werden konnte, hat der Postvorsteher sich einen Tag vorher beim Bezirksamtmann bestellt. Als dann die Beschlagnahme-Anweisung des Richters noch nicht vorlag, ist sie telephonisch eingeholt worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenigstens hierüber mußten wir die Originalaktenstücke vorgelegt erhalten. Wiederholt hat der Staatssekretär in der Denkschrift und heute die Parole ausgegeben: kein Mitleid mit den Duala. Diese Parole der Unmenschlichkeit ist es, die wir aufs entschiedenste bekämpfen. Die angebliche Rebellion der Duala hat sich ganz harmlos aufgelöst. Es steht übrigens schon in der Denkschrift, daß die Duala glauben, nachdem das Deutsche Reich ihnen wortbrüchig geworden sei, sich an andere europäische Staaten wenden zu dürfen. Im übrigen haben die Duala in all diesen Kämpfen ein Taktgefühl verraten, das man nur manchen Herren im Deutschen Reich wünschen könnte. (Sehr gut! bei den Soz.) Ihre grausame Härte gegen dieses geistig hochstehende Volk beweist lediglich, daß das Herz der Zivilisation und Kultur in Deutschland nur mehr in unterer Brust schlägt. (Sehr gut! bei den Soz. — Unruhe rechts.) Erfüllen Sie wenigstens den Wunsch der Duala, den sie in einer Petition an den Reichstag niedergelegt haben. Ihre Vertrauensleute wollen für ihr eigenes Geld nach Deutschland kommen, um ihren Standpunkt in der Enteignungsfrage klarzulegen. Bekanntlich benutzt die Regierung eine Verfügung gegen den Sklavenhandel, um Leuten wie Duala Manga zu verbieten, hierher zu kommen. Die Resolution müssen wir ablehnen wegen der Ziffer 4, die jede Agitation gegen die Enteignung verbietet, durch die die politische Ruhe gestört wird. Das ist Karibudsch Schlimmster Art. (Bravo! bei den Soz.)

Nach einer kurzen persönlichen Bemerkung des Hg. Ledebour (Soz.) gegen den Staatssekretär werden der Etat für Kamerun und die Resolution gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Hierauf verläßt sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr. (Auswärtiges Amt.) Schluß 7 1/2 Uhr.

Die neue Bundesrats-Verordnung für die Großeisenindustrie.

Der „Reichsanzeiger“ vom 8. Mai veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie, unterzeichnet am 4. Mai vom Staatssekretär Dr. Delbrück. Diese Bekanntmachung rechtfertigt das Vertrauen der Großindustriellen auf Herrn Delbrück, „als dem besten Minister, den wir (die Industriellen) seit Bismarck gehabt haben“, im vollen Maße. Nicht eine einzige der im Reichstag und in den Landtagen vorgetragenen Arbeiterforderungen ist berücksichtigt! Dabei gehen diese Forderungen von den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen aller Richtungen aus. Das völlige Ignorieren dieser doch sehr beachtenswerten Einmütigkeit ist vielleicht das Kennzeichen an dem jetzigen iramen Kurs gegen die Sozialgesetzgebung und wird auch manchem Arbeiter, der sich von den schändlichen Reden „hoher Ehrengäste“ auf den „nationalen Arbeiterkongressen“ beirren ließ, den Staat fieden.

Nicht einmal die von den Fabrikinspektoren bei der Durchführung der Bundesratsverordnung für die Großeisenindustrie vom 19. Dezember 1908 sehr lösend empfundene schwammige Bestimmung, die Verordnung gelte für Hochofenwerke, Röhrengießereien, Stahl-, Puddel-, Hauer-, Brech-, Walzwerke und diejenigen Reparaturwerkstätten und Nebenbetriebe, die mit den Hauptanlagen „in einem unmittelbaren betriebstechnischen Zusammenhang stehen“, ist zeitgemäß reformiert. Nach wie vor können darum die Betriebsverwaltungen durch gewisse technische Vorkehrungen ganze Werksabteilungen außerhalb des Geltungsgebietes der Bundesratsverordnung stellen. Es ist keinerlei Beschränkung der „regelmäßigen

„Man kann alles erreichen“, sagte er, „aber jedenfalls müssen Sie wenigstens fünfzigtausend Rubel anlegen; denn sonst würde es sich gar nicht lohnen, den Prozeß anzufangen. Entweder zahlen Sie diese Summe, oder Sie müssen nach dem Gouvernament Kasan reisen.“

Witlowanow erwiderte, daß seine Frau reich genug wäre, um diese Summe zahlen zu können, und daß sie nichts unterlassen würde, um aus dieser entsetzlichen Lage befreit zu werden. Jetzt wurde Pawlinow sehr vergnügt und redselig; er machte die Herren namhaft, an welche man sich wenden müsse, doch zum „Schmierer“ brauche er nicht weniger als Tausend Rubel. Jetzt antwortete ihm, er würde mit seiner Frau sprechen und ihm eventuell morgen die gewünschte Summe bringen.

„Sie brauchen sich darüber nicht selbst hierher zu bemühen“, erklärte der Beamte. „Ich werde morgen zu Ihnen kommen. Der Krieg ist erklärt, und wir wollen sämtliche Festungen im Sturm nehmen.“

Im anderen Tage erschien Pawlinow bei Jegor und erhielt wirklich tausend Rubel. Von nun an begann eine Kreierei. Jegor täglich schickte Pawlinow einen Boten, doch alles, was diese Boten sagten, schiz der Augen Pawline nur leeres Gerede zu sein. Nach fünf Tagen erschien der Beamte abermals und fragte Proskowia Andreevna, ob sie einen Herrn namens Stow in Kasan kenne. Die junge Frau konnte sich nicht auf ihn besinnen, aber Jegor erinnerte sich sofort, daß es der Beamte war, welcher ihn damals vom Militärdienst befreite.

Dieser Stow ist ein wahrer Blusfänger, ein Judas, ein Antichrist“, verriet Pawlinow. „Solche Beamte sollte man hartgeißeln lassen.“

„Wer was geht aus dem Herr Stow an?“ fragte Pawline.

„Er geht aus deshalb weil er im Auftrage Ihrer Herrin hier ist. Entschuldigend Sie, gnädige Frau, aber es geht aus einmal hier in diesem Affenlande, daß die Herrin Gegenie Ihre Herrin in ... Stow und ich stehen uns wie zwei Kampfschiffe gegenüber; jeder wartet, der andere soll anfangen, aber ich darf nicht anfangen, sonst macht jener alles kaputt.“

Hieraus erlähnte Pawlinow, man müsse diesen Schurken bestrafen, um denselben auf seine Seite zu bekommen, und bewies sich handig was ihm zu diesem Zweck wiederum tausend Rubel ein.

(Fortsetzung folgt)

gen Arbeitszeit“ vorgezeichnet, inselgedessen können die Werksleiter — was die Fabrikinspektionen oft beklagten — schon durch einfache Änderungen der Arbeitsordnungen die „regelmäßige Arbeitszeit“ so verlängern, daß in sie frühere Überstunden einbezogen sind! Nur in einem Punkte hat die Regierung dem Drängen der Schwerindustriellen nicht nachgegeben: Die Arbeit an Sonn- und Festtagen soll weiter als Überstundenarbeit gelten. Bekanntlich forderten die Industriellen die offizielle Erklärung der Sonntagsarbeit als „regelmäßige Arbeit“. Man muß sich wirklich wundern, daß die Regierung hier nicht auch den Unternehmern den Willen tat und faktisch die siebenstündige Arbeitswoche im Bundesratswege einführt. Sonst aber ist diese neueste Bundesratspolitik eine sehr trübselige für die Arbeit. Die innerhalb einer regelmäßigen Arbeitszeit von mehr als acht Stunden — es handelt sich dann fast immer um die Zwölfstundenschicht — inne zu haltenden zusammen zweiwöchigen Pausen können vierstündig oder w e i s e (!) angerechnet werden. Nur die Mittags- oder Mitternachtspause muß eine Stunde betragen, kann aber zwischen das Ende der 5. und dem Anfang der 10. Arbeitsstunde fallen. Diese Essens- und Ruhepause braucht doch erst nach achtländiger Schicht gewährt zu werden. Also ist es auch nun wieder „aus Rücksicht auf den Betrieb oder die Arbeiter“ (!) gestattet, diese Pause auf eine halbe Stunde zu verkürzen! Das soll angeblich aus Rücksicht auf die Arbeiter geschehen sein! Auf die Forderung der Arbeiter nach einer generellen Arbeitszeitverkürzung ist aber keine Rücksicht genommen. Und hinsichtlich der 24stündigen Wechselfchichten bleibt es beim Alten, sie dürfen, wie auch die noch immer vorkommenden 36stündigen Schichten geleistet werden, wenn vor und nach Beendigung dieser langen Schicht und bis zum Beginn der neuen mindestens 12 Stunden Ruhezeit liegen. Und dann enthält die neue Verordnung die sehr bezeichnende „Reformbestimmung“, das die Arbeitszeit, abgesehen von den regelmäßigen Wechselfchichten (24stündig) an den anderen Tagen inklusive der Überstunden „nicht über 16 Stunden einschließlich der Pausen ausgedehnt werden“ darf!!! Damit ist ein „Normalmaß“ von täglich 14 Stunden Arbeitszeit (wir rechnen 2 Stunden als Pause ab) für die Großeisenindustriearbeiter zugelassen! Die Arbeiter fordern 8 Stunden, mindestens aber 10 Stunden (inkl. Pausen) Arbeitszeit und Fortfall der Überstunden, soweit es sich nicht um unumgängliche Notarbeiten handelt. Die „Regierung für Sozialreform“ gewährt eine 14stündige Arbeitszeit, die von den Unternehmern bei lotter Konjunktur natürlich ausgenützt wird. Das ist ein „sozialpolitischer Fortschritt“, um den uns „die ganze Kulturwelt bewundern“ wird. Im 20. Jahrhundert, dem Zeitalter der arbeitssparenden, hochentwickelten Maschinenteknik „gewährt“ die deutsche Reichsregierung den Arbeitern in einer Industrie, die sehr hohe Anforderungen an die Nerven und Muskeln der Menschen stellt, eine 14stündige Schichtzeit. „Stürmischer“ kann man nicht „reformieren“.

Aus der Partei.

Eine neue Anlage gegen die Genossen Luxemburg! Der Militarismus kann sich nicht beruhigen. Er hat nicht genug an den Schlappen, die er sich täglich in den Gerichtssälen und im Reichstag von der Sozialdemokratie holt. So eben hat der Kriegsminister von Falkenhayn einen neuen Strafantrag gegen die Genossen Luxemburg gestellt, und zwar wegen einer Äußerung, die sie in der Freiburger Riesensammlung vom 7. März getan hat. Der Herr Kriegsminister säßt sich „im Namen des gesamten Offiziers- und Unteroffizierskorps der deutschen Armee“ beleidigt durch die Behauptung unserer Genossen, daß in der deutschen Armee Soldatenmishandlungen auf der Tagesordnung stehen. Dadurch sei nach der Meinung des Kriegsministers der schwere und beleidigende Vorwurf der Pflichtvergessenheit bei der Unterdrückung der Soldatenmishandlungen gegenüber den Vorgesetzten in der deutschen Armee erhoben. Eine bessere Gelegenheit, das dunkle Kapitel der Soldatenmishandlungen, der „Dramen in der deutschen Kaserne“, wie sich die Genossen in jener Versammlung ausgedrückt hat, vor Gericht ins volle Licht zu rücken, konnte uns gar nicht geboten werden. Wieder einmal: Es leben unsere Freunde — die Feinde!

Vorhoff gegen das Vereinsgesetz. Der Polizeipräsident von Schlembrücken hat die ihm unterstellten Polizeirevier in der Großstadt und in den einzelnen Landorten des Kreises angewiesen, künftighin alle sozialdemokratischen Mitgliederveranstaltungen, sofern sie in der Zeitung bekanntgemacht sind, durch Polizeibeamte überwachen zu lassen, obwohl diese Anweisung eine eklatante Gesetzesverletzung darstellt.

Der beleidigte Militarismus. Die Genossin Berta Selinger war vom Schöffengericht Dresden wegen Beleidigung des preussischen und sächsischen Offizierskorps zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Beleidigung, wegen der der preussische und der sächsische Kriegsminister Strafantrag gestellt hatten, sollte in zwei öffentlichen Frauenversammlungen am 12. und 14. November 1913 in Dresden, in denen die Angeklagte über „Arbeitslosigkeit, Lebensmittelverteilung und die Aufgaben der Frauen“ gesprochen hatte, gefallen sein. Nach dem Stenogramm der überwachenden Beamten sollte Genossin Selinger gesagt haben, daß die Soldate der herrschenden Klassen Offiziere würden, weil sie zu dummen und zu faulen seien, ehrliche Arbeit zu verrichten. Die Angeklagte bestrittet, die Äußerung in diesem allgemeinen Sinne getan zu haben. Sie wurde aber auf Grund des polizeilichen Stenogramms zu einer Geldstrafe von 200 Mk. verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein, die am Dienstag vor der 4. Strafkammer des Dresdener Landgerichts zur Verhandlung kam. Das Gericht trat in seine neue Beweisannahme ein, sondern unterstellte die Feststellungen der Vorinstanz als erwiesen, da es sich nur um die Strafhöhe handelte. Trotzdem kam es noch zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger der Angeklagten, Genossen Dr. Rosenfeld-Berlin und dem Gerichtspräsidenten, als dieser vorwachte, aus der Rede der Angeklagten neue Beleidigungsmomente herauszuholen, die in der Vorinstanz gar nicht behandelt worden waren. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe;

das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe in Höhe von 500 Mark.

Sozialdemokratie und Kirchenaustritt.

Pfarrer Decker in Köln, der Nachfolger Jathos, bespricht in den Kölner „Evangelischen Gemeindenachrichten“ die Kirchenaustrittsbewegung und erwähnt, daß neuerdings auch sozialdemokratische Führer daran beteiligt seien. Aber ihnen sei die Kirche nur Mittel zum Zweck: „Wer die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Kirche und ihre Auffassung vom dem Verhältnis der Kirche zum Staat kennt, dem ist dieser Schritt ohne weiteres klar. Die Waffe ist nicht gegen die Kirche gerichtet, sondern gegen den Staat, den Klassenstaat, dessen günstiges Werkzeug die Kirche ist; getroffen aber wird zunächst ohne Zweifel die Kirche. Die sozialdemokratische Partei als solche stellt sich zu der Frage des Kirchenaustritts stets neutral. Es möge dies auch ausdrücklich hervorgehoben werden, um ungerichtete Vorwürfe zu vermeiden. So kann man gelegentlich in einer sozialdemokratischen Parteibuchhandlung vergeblich nach geeignetem Agitationsmaterial für Kirchenaustritt sich umsehen und die eben ausgesprochene Behauptung ausdrücklich bestätigen hören. Der Parteigrundsatz, daß Religion Privatsache sei, soll unbedingt aufrecht erhalten werden. Wenn trotzdem dieser oder jener Führer der Partei in den Dienst der Austrittsbewegung tritt, so unternimmt er diesen Schritt für seine Person allein, nicht im Auftrag seiner Parteifreunde. Es lassen sich un schwer Zeugnisse genug hierfür beibringen.“ Diese ehrliche Anerkennung, daß die Sozialdemokratie als Partei streng im Rahmen ihrer Programmforderung „Erklärung der Religion zur Privatsache“ bleibt, sticht wohlthuend ab von den immer wieder auftauchenden Behauptungen, daß die Kirchenaustrittsbewegung von der Sozialdemokratie organisiert werde.

Fehmarn wider Kiel-Korsör

Von dem Fehmarnbahn-Komitee wird uns geschrieben: Der trotz des Widerspruchs einer Reihe von westdeutschen Abgeordneten gefasste Beschluß der Bundelokommission des Preussischen Abgeordnetenhauses, dem Plenum eine regierungsseitige Prüfung der Ausgestaltung der Kiel-Korsör-Linie, dagegen für die Fehmarnlinie den Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen, hat in den Hansestädten peinliches Befremden hervorgerufen. Welche Motive zu dieser nicht paritätischen Behandlung geführt haben, mag hier ununtersucht bleiben. Bevor aber das Plenum des Preussischen Abgeordnetenhauses sich mit jenem Vorschlag seiner Budgetkommission befaßt, kann es nur zur Klärung der Situation beitragen, wenn wir uns in folgendem an Hand einer vom Fehmarnbahn-Komitee kürzlich als Werbematerial herausgegebenen Zusammenfassung des Fehmarnbahnhaltungsplan über die Hauptvorzüge der Fehmarnbahn klar werden, die diesem Projekt keine große Ueberlegenheit gegenüber allen „Surrogatlinien“ verleihen müssen. Die uns vorliegende Zusammenfassung des Fehmarnbahn-Komitees hat folgenden Wortlaut:

Hauptvorzüge der Fehmarnbahn.

A. Reisedauer.

1. Heutige Reisedauer: Hamburg—Kopenhagen (1914) über Kiel-Korsör (336 km bei 135 km Seefahrt) 9 1/2 Std., über Warnemünde (423 km bei 42 km Seefahrt) 9 1/2 Std. Die Reiseschwindigkeit beträgt also nur 36,5 km bzw. 44,7 km in der Stunde!

II. Also ist Abhilfe zwingend notwendig!

III. Verbesserungsmöglichkeiten. Durchführbar sind folgende Verkürzungen der Reisedauer: 1. über Warnemünde auf 7 1/2 Std., 2. über Kiel-Korsör (trotz 22 Knoten Fahrt mit 25-Knoten-Dampfern noch mindestens 3 1/2 Std. Seefahrt!) auf 7 Std., 3. über Fehmarn (nur 43 Min. Seefahrt) auf 5 1/2 Std.

Also: Erparnis gegen heute: über Kiel-Korsör 2 1/2 Std., über Fehmarn 4 Std. Erhöhung der Reiseschwindigkeit über Fehmarn auf 60 km pro Std. (gegen 49 km über Kiel).

IV. Resultate:

1. Die Fehmarnbahn ist das geographisch kürzeste Zwischenglied zwischen Norden und Westen (sog. „Vogelfluglinie“). An Reisedauer ist sie der bestverbesserten Kiel-Korsör-Linie noch um 20 Prozent überlegen!

2. Geschäftsreise Hamburg—Kopenhagen und zurück über Fehmarn ist an einem Tage möglich bei 4 1/2 Std. Aufenthalt in Kopenhagen (äußerst wichtig und über Kiel nie erreichbar!)

Kopenhagen ist als Konvergenzplatz zwischen Nordwestdeutschland und den skandinavischen Ländern sehr geeignet. Hamburg desgleichen zwischen Westdeutschland und Westeuropa einerseits und dem ganzen skandinavischen Norden andererseits.

3. Die Fehmarnbahn ermöglicht die denkbar günstigste Fahrplangegestaltung zwischen bestehenden (!) internationalen Zügen.

Ihre nur 5 1/2stündige Fahrzeit paßt sich aufs glücklichste ein zwischen: a) vorhandene Kopenhagener Anschlüsse von und nach Stockholm (Finnland) und Kristiania; b) vorhandene Hamburger Anschlüsse von und nach Köln—Westeuropa (London—Paris) sowie von und nach Frankfurt—Basel.

Zeitersparnisse gegen heute 4—11 Stunden!

4. Die Fehmarnbahn ermöglicht die längst gewünschten werte Trennung des nordwärts gerichteten Verkehrs (über Warnemünde—Berlin und Sagnitz—Berlin) vom westwärts gerichteten, überhaupt westlichen und südwestlichen Verkehr (Köln und Wülfringen—Hamburg—Norden bzw. Basel—Hamburg—Norden).

B. Reiseannehmlichkeiten.

Die Fehmarnbahn bietet die größtmögliche Bequemlichkeit der Reise (nahezu Festlandsroute), nämlich:

1. nur 3/4 Stunden Seefahrt gegen mindestens 3 1/2 Stunden Seefahrt über Kiel (NB.: 7 Monate vielfach schlechtes Wetter),

2. Annehmlichkeit großer Fährdampfer gegenüber Passagierdampfern (ruhige Fahrt, weniger Seerkrankheit, jeder Komfort),

3. Bequemere lästigen Umsteigens gegenüber zweimaligen Platz- und Gepäckwechsel über Kiel-Korsör.

C. Ausgleichsmöglichkeiten für die bestehenden Linien.

I. Der Personenverkehr der Dampferlinie kann unbeeinträchtigt bleiben, weil ganz unbedeutend.

II. Der Personenverkehr über Kiel-Korsör ist ganz ausgeglichener Sommerverkehr (in 6 Wintermonaten nur 15,7 Passagiere pro Schiff!).

Umgebung zur Touristenlinie während der guten Jahreszeit wäre das natürliche und wirtschaftlich Richtige.

Kiel erreicht Kopenhagen über Neustadt—Fehmarn ebenso schnell wie über die verbesserte Kiel-Korsör-Linie (bei Annehmlichkeit der fast reinen Landroute).

Handelsverkehr Kiels und Schleswig-Holsteins mit Dänemark und Schweden geringfügig (Kiel nur 58.000 t gegen 1.300.000 t bei Hamburg und 600.000 t bei Lübeck).

III. Warnemünde—Seefahrer.

Ausfälle werden ausgeglichen durch gleichzeitige wesentliche Verbesserung des Berliner und des dort südlich anschließenden Verkehrs (infolge von Zeitersparnis durch geplante Masnedel-Brücke und abkürzende Rüge-Bahn sowie Unabhängigkeit des Berliner Fahrplans vom Hamburger bzw. westlichen Fahrplan).

IV. Sahnig-Trelleborg:

Ausfälle werden ausgeglichen durch starke Weiterentwicklung des schon jetzt sehr lebhaften Verkehrs mit Berlin, Mittel-, Süddeutschland usw.

Die bisherige Schädigung jahrhundertalter nordischer Beziehungen der Hansestädte wie auch Dänemarks durch Sahnig-Trelleborg-Linie kann nur durch die Fehmarnbahn ausgeglichen werden.

D. Wirtschaftliche Bedeutung.

I. Die Ausfuhr deutscher Waren nach den drei skandinavischen Ländern (hoher Kulturstand) ist fast so groß wie nach dem an Bevölkerung zehnmal so großen russischen Reich (600 Millionen Mark gegen 680 Millionen Mark).

II. Die jährliche Ausfuhrentwicklung nach den nordischen Reichen ist höchst bemerkenswert (Zurückdrängung Englands im Handel). Weitere starke Entwicklung ist bei guten Verkehrsverhältnissen unausbleiblich.

III. Ueber 1/2 des Handelsumfanges der drei nordischen Länder gravitieren nach Westeuropa einschließlich Westdeutschland, also westlich der Elblinie.

IV. Die wirtschaftliche Annäherung ist Vorbedingung für eine allseits erfreuliche politische Annäherung unter den nächstverwandten germanischen Völkern.

V. Unerlässliche Voraussetzung hierfür sind allermodernste und kürzeste Verkehrsverbindungen.

Fahrplanentwurf für die Fehmarnlinie *)

(unter gegenwärtig — 1914 — bestehenden Verhältnissen).

I. Richtung nach Norden.

Zug 1.

London . . . ab 1000	Basel (Bd. B.) ab 591
Paris . . . " 145	Frankfurt . ab 1125
Köln . . . " 1140	Hannover . " 500
Hamburg . an 631	Hamburg . an 722
bezw. 635	

Zug 3.

London . . . ab 830	Basel (B. B.) ab 1155
Paris . . . " (1000)	Frankfurt . " (555)
Köln . . . " 703	Hannover . " (1290)
Hamburg . an 228	Hamburg . an (323)
bezw. 247	

Zug 5.

Paris . . . ab 750	Basel (Bd. B.) ab 951
Köln . . . " 424	Frankfurt . " 255
Hamburg . an 1143	Hannover . " 991
	Hamburg . an 1143

Hamburg ab 735
via Fehmarn
Kopenhagen an 100

Hamburg ab 303
via Fehmarn
Kopenhagen an 833

Hamburg ab 1200
via Fehmarn
Kopenhagen an 630

Kopenhagen ab 905	Kopenhagen ab 900
Göteborg an 420	Malmö (an 1030)
Kristiania " 1200	(ab 1032)
	Stockholm an 875

Kopenhagen ab 700	Kopenhagen ab 700
Göteborg . an 142	Malmö . (an 830)
Kristiania . . 941	(ab 832)
	Stockholm . an 632

NB. Für die Ankunft von D 63 ab Basel in Hamburg (722) ist der Sommerfahrplan 1914 zugrunde gelegt.

NB. 1. Der Anschluß von Paris (ab 1000) besteht noch nicht, ist aber von den beteiligten Verwaltungen durch Zusammenschluß von D 127/31 von Paris über Aachen mit D 97 nach Hamburg schon in Aussicht genommen.

D 79 (Basel ab 1155) läßt sich spätestens nach Inbetriebnahme der Strecke Hannover-Gelle so beschleunigen, daß er statt 323 schon gegen 300 in Hamburg eintrifft.

NB. 2. über Kiel-Korsör würden wegen der zur Nachtzeit wohl mindestens 30 Minuten längerer Reisedauer (Nachtfahrt fastlich wohl noch länger!) bei lästiger, 2maligem Schiffswechsel nach Mitternacht die Anschlüsse nach dem Norden nicht erreichbar! (Tatsächlich wird mit einer Nachtverbindung über Kiel-Korsör von der preussischen Staatsbahnverwaltung künftig gar nicht mehr gerechnet!)

Das gleiche gilt für die eventuell verbesserte Warnemünde-Gjedser-Linie

II. Richtung nach Süden.

Zug 2.

Kristiania ab 545	Stockholm ab 830
Göteborg . 132	Malmö (an 835)
Kopenhagen an 825	(ab 700)
	Kopenhagen an 830
Kopenhagen ab 900	
via Fehmarn	
Hamburg an 223	

Zug 4.

Kopenhagen ab 530	
via Fehmarn	
Hamburg an 1035	
Hamburg ab 1114	Hamburg ab 1194
bezw. 1130	Hannover an 302
Köln . . . an 710	Frankfurt . 922
Paris 400	Basel (Bd. B.) . 264
London 731	

Zug 6.

Kristiania ab 744	Stockholm ab 1030
Göteborg . 383	Malmö . (an 835)
Kopenhagen an 1020	(ab 900)
	Kopenhagen an 1030
Kopenhagen ab 1145	
via Fehmarn	
Hamburg an 630	

Hamburg ab 245
bezw. 258
Köln . . . an 1002
Paris 735
London 741

Hamburg ab 302
Hannover . an 552
Cassel 900

Hamburg . ab 739
Köln . . . an 902
Paris 1046

NB. über Kiel-Korsör müßten wegen gut 1 1/2 Stunden längerer Reisedauer entweder die Kopenhager Anschlüsse von Norden oder die Hamburger Anschlüsse nach Westen und Süden verloren gehen!

NB. über Kiel-Korsör müßte man zur Erreichung der Hamburger Anschlüsse Kopenhagen schon 355 verlassen. Geschäftserledigung mit Hin- u. Rückfahrt für Hamburger Kaufleute in Kopenhagen (vgl. unter Zug 1) also ausgeschlossen.

NB. über Kiel-Korsör könnte allein in dieser Juglage (falls die Nachtfahrt nicht auch dort erheblich länger bemessen werden muß) ungefähr dasselbe geleistet werden, aber nur bei 2maligem, lästigem Schiffswechsel nach Mitternacht. Auch hier wird aber mit einer Nachtverbindung künftig überhaupt nicht mehr gerechnet (!. o.).

Selbst der verbesserten Gjedser-Warnemünde-Linie gegenüber würde bei diesem Zuge die Fahrt über Fehmarn den Vorzug der wesentlich kürzeren Seefahrt und der besseren Sicherung der Anschlüsse haben.

*) Zu beachten: Der vorliegende Fahrplanentwurf ist vorläufig aufgestellt. Nachts sind sogar künstliche Verlangsamungen vorgenommen. Verbesserungen der heutigen Reisezeiten sind nur vorgenommen, wo sie bereits in bestimmter Aussicht stehen. Dies ist — abgesehen von obigen Bemerkungen zu Zug 1 und 3 — der Fall bei der Strecke Malmö-Stockholm, deren Reisedauer durch die geplante Abkürzungsstrecke Rorkeping-Stockholm auf rund 10 Std. (1915 bereits 10,23 bzw. 10,25 Stunden) gebracht werden soll. — Auch für die Verbindungen Skandinavien nach und von Berlin über Sahnig-Trelleborg ergeben sich nach vorliegendem Fahrplanentwurf günstige Ankunfts- und Abfahrtszeiten in Berlin.

Die Beschleunigungen gegenüber dem bestehenden Zustand sind gleichwohl glänzend. Sie betragen im internationalen Verkehr 4 bis 11 Stunden. Mit ferneren Verbesserungen darf im Laufe weiterer Jahre gerechnet werden.

Dieser Fahrplanentwurf führt die immense praktische Bedeutung der Fehmarnlinie deutlich greifbar vor Augen. Er beweist unüberleglich, daß sich die Fehmarnbahn keineswegs wie die auch sonst viel ungünstigere Kiel-Korsör-Linie in der Hauptphase im Verkehr mit Kopenhagen erschöpft. Der Fahrplanentwurf zeigt vielmehr offenkundig, daß — ohne die Einbeziehung neuer kostspieliger Anschlüsse westlich von Hamburg und nördlich von Kopenhagen — un-

E. Baukosten und Rentabilität.

Die deutscherseits aufzuwendenden Baukosten sind sehr geringfügig. Auf Grund des nach neuesten Berechnungen mit der Staatsbahnverwaltung von unjeren Sachverständigen teilweise revidierten Baukostenanschlages sind sie ermittelt:

- a) für den Fall einer Durchdringung des Fehmarnsundes auf 22,2 Millionen Mark,
- b) für den Fall einer Ueberbrückung des Fehmarnsundes auf 25,9 Millionen Mark.

Nach Abzug der für die Schwartau-Neuküdder Nebenbahn schon bewilligten 3,2 Millionen Mark sind die Baukosten also nur wenig höher als für die nur 12 Km. sparende Abkürzungsbahn Altona-Neumünster (18,8 Millionen Mark).

Bei verhältnismäßig so geringen Baukosten und bei der durch so hervorragende Verkehrsvorteile der neuen Westroute unbedingt gewährleistetsten starken Steigerung des deutsch-nordischen Verkehrs — die sämtlichen Anschlußstrecken zum großen Vorteil gereichen müßte — erscheint die Rentabilität der Fehmarnbahn gesichert.

Dieser gedrängte Auszug aus der großen Fülle der auf ausgezeichneten Sachverständigen-Gutachten gestützten Veröffentlichungen des Fehmarnbahn-Komitees spricht so sehr für sich selbst, daß man — wenn die Entscheidung von sachlichen Gesichtspunkten abhängig gemacht wird — es sich kaum vorstellen kann, daß das Plenum des Abgeordnetenhauses der Mehrheit seiner Budgetkommission Folge leistet.

Welche gewaltige Rolle die Fehmarnlinie für die praktische Fahrplangestaltung zwischen dem Westen und dem Norden zu spielen berufen ist, möge endlich ein in der Tagespresse hiermit zum ersten Mal veröffentlichter, von den Eisenbahn-Sachverständigen des Fehmarnbahn-Komitees nachgeprüft, besonders interessanter „Fahrplänenwurf“ beweisen, dem, abgesehen von den etwas langameren Nachtverbindungen eine praktische Fahrzeit Hamburg-Kopenhagen von 5 Std. 25 Min. zugrunde gelegt worden ist.

der um mindestens 1 1/2 Stunden längerer Reisedauer dieser Konkurrenzlinie ist eine Einpassung ihrer Fahrzeiten in die in Kopenhagen und Hamburg zu berücksichtigenden wichtigsten internationalen Anschlüsse ausgeschlossen.

Diese Vorteile der praktischen Fahrplangestaltung für den Verkehr Westdeutschlands und Westeuropas mit den skandinavischen Ländern und Finnland sind es denn auch, die die Uebereinstimmung in diesem Verkehr geben müssen, die ihm durch die natürliche Lage der Dinge zukommt. Die empfindliche Schädigung, die die Ablenkung jenes nordischen Verkehrs über Sahnig-Berlin den Hansestädten gebracht hat, wieder gut zu machen, ist ausschließlich durch die Fehmarnbahn möglich. Die Hansestädte, die der Preussischen Staatsbahnverwaltung einen so enormen über den Umfang des gesamten Verkehrs der Provinz Schleswig-Holstein um das mehrfache hinausgehenden Güter- und Personenverkehr zuführen, glauben einen begründeten moralischen Anspruch darauf zu haben, daß man sie in ihre verloren gegangenen Rechte wieder einsetzt. Sie glauben ein solches Unrecht um so eher zu begehren, als sich ihre wirtschaftlichen Interessen mit denen des ganzen deutschen Westens durchaus im Einklang befinden. Es wäre daher dringend zu wünschen, daß das Plenum des Preussischen Abgeordnetenhauses dieser Situation in anderer Weise Rechnung tragen wird, als es höchst bedauerlicherweise die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses getan hat!

Gewerkschaftsbewegung.

Geplante Aussperrung im schlesischen Granitgebiet. Die Sandsteinarbeiter in Niedererschleien und der Deutscher stehen seit dem 1. April im Streik. Ein Teil der organisierten Arbeiter wurde ausgesperrt. Die bisherigen Verhandlungen ergaben, daß den Steinmehren und Drechern zwei Prozent Lohnzulage gewährt werden sollte; die Hilfsarbeiter sollten völlig leer ausgehen. Die Steinbruchbesitzer in Dorsenau weigerten sich, mit den Drechern einen Tarif abzuschließen. Nun legen sich die Granitindustriellen von Striegau, Strahlen, Ströbel, Hälsicht, Gorkau und Pilsasdorf für die Sandsteinindustrie ins Zeug. Am 9. Mai erhielten 2700 Granitarbeiter die Kündigung, die zum 23. Mai abläuft. Trotzdem für die Granitbranche erst in diesem Frühjahr ein Tarif zum Abschluss kam, wollen die Unternehmer unter Bruch des Vertrages auch diese Arbeiter aussperrten. Mitglieder des Hirsch-Dunckerischen Verbandes sollen nicht ausgesperrt werden. Der schlesische Distriktsverband lehnt nochmalige Unterhandlungen mit den Arbeitern ab. Daraus ist ersichtlich, daß die Unternehmer die Aussperrung unter allen Umständen wollen. Ob aber die Rechnung nicht eine falsche ist! Im Fichtelgebirge wurden ja im März 1400 Granitarbeiter ausgesperrt, aber schon Ende April zeigten sich die Schleifereibesitzer geneigt, einen Tarif mit einer etwa 5prozentigen Lohnerhöhung abzuschließen. Aus dem schlesischen Streikgebiet sind schon weit über 100 Sandsteinmehren abgereist, sodas die Unternehmer damit rechnen müssen, ihre qualifizierten Arbeiter überhaupt auf die Dauer zu verlieren. Die Unternehmer im Bunzlauer Gebiet sind stets auf fremde Steinmehren angewiesen, denn wegen der Gesundheitschädlichkeit des Berufes ist es nicht möglich, Lehrlinge aufzuziehen.

Streik auf der Gott-mit-uns-Grube in Obereschleien. Am 8. Mai ist die gesamte unterirdische Belegschaft der Gott-mit-uns-Grube bei Nikolai, Kreis Pleß, die dem in Paris lebenden Millionär Sternberg gehört, ausständig geworden. Ganz aus sich heraus hat die Belegschaft diesen Schritt getan; aber nicht ohne zwingende Gründe. Die Arbeitsverhältnisse haben sich in den letzten Monaten unter der Leitung eines neuen Betriebschefs schier unerträglich gestaltet. Im vergangenen Jahre betrug die Stärke der Belegschaft noch über 1000 Personen. Zu hunderten sind die Leute in den letzten Monaten geflüchtet, sodas jetzt nur noch ca. 250 Personen beschäftigt sind. Das befragt schon genug. Am 1. April wurde eine Lohn-, Regalierung vorgenommen. Die Arbeiter in einem Pfeilerbetrieb erhielten getrennte Gedinge. Die Gedinge wurden derartig „geregelt“, daß dabei eine sehr starke Lohnreduzierung herauskam. Dann wurden im April sieben Schichten gefeiert, sodas nur 17 Schichten versahren werden konnten. Die Häuer und Schwämmer haben einen Lohn von 50 bis 90 Mk. im ganzen Monat verdient. Davon werden die Knappschaffsbeiträge, die durchschnittlich 11 Mark betragen und die Geschoßkosten, die sich bis zu 85 Mk. belaufen, abgezogen. Am 1. Mai wurden 40 Mk. Vorzuschuß ausgezahlt, sodas, wenn die Lohnberechnung für April fertig gestellt und alle Abzüge gemacht sind, die Leute noch Reste auf der Grube stehen hätten und noch Geld mitbringen müßten, um diese zu begleichen. Angesichts solcher Verhältnisse erübrigt sich jede weitere Frage, warum die Belegschaft so plötzlich die Arbeit einstellte. Es handelt sich bei dem Streik auf dieser Grube um einen berechtigten Abwehrkampf.

Aus der Jugendbewegung.

Der badische Kultusminister und die Arbeiterjugendbewegung. Die letzten Tage boten Gelegenheit in der Zweiten Kammer, auch die Arbeiterjugendbewegung zu besprechen. Die Klerikalen forderten den Kultusminister auf, vor der Arbeiterjugendbewegung auf der Hut zu sein. In seiner Antwort erklärt der Kultusminister: „Ich muß von vornherein zu der sozialdemokratischen Jugendpflege sagen: die Sozialdemokraten sind früher gekommen als die bürgerlichen Kreise. Ich meine damit selbstverständlich nicht die konfessionellen Vereine, aber ich meine die anderen, den Jungdeutschlandbund, die Pfadfinder, den Wandervogel usw. Die Arbeiterjugendorganisationen liegen früher und sind in einer geradezu großartigen Weise von seiten der Sozialdemokraten gefördert worden. Das, was da geschehen ist und geschieht an Opferwilligkeit, das muß den bürgerlichen Vereinen als Beispiel dienen; ich will auch durchaus nicht bestreiten, daß das, was geleistet worden ist, z. B. im Kampfe gegen den Alkohol, sehr gut ist. Aber die ganze Stimmung, die darin großgezogen wird, bedauerlich und beklage ich (sehr richtig!), weil sie lediglich auf eine Zerreißung unseres ganzen Volkes hinabarbeitet. (Sehr richtig!) Wenn ich die Arbeiter-Jugend betrachte, so finde ich ein Organ, so ausgezeichnet geleitet, mit so viel Klugheit redigiert, daß man davon lernen könnte. Aber in den einzelnen Nummern der „Arbeiter-Jugend“ sind die Giftkornen so geschickt zerstreut unter guten Artikeln, daß sie unbedingt mitgeschluckt werden müssen. (Sehr richtig!) und das ist das Bedauerliche, das Fiertraurige, die furchtbare Gefahr.“ — Daß einem Kultusminister das Verständnis für die Ziele und Bestrebungen der Arbeiter-Jugend fehlt, ist weiter nicht zu verwundern. Wir zweifeln auch, daß er sich eines Besseren durch die treffenden Ausführungen des Genossen Ged, der zur Frage der Jugendbewegung sprach, belehren ließ. Um so schwerer wiegt aber die bedingte Anerkennung der Arbeiter-Jugendbewegung, die er nicht nur sehr mißwillig, aber noch unhaftbarer Satsachen kaputtierend, zugeschrieben müßte.

ter Benutzung schon bestehender Anschlüsse geradezu glänzende internationale Verbindungen zwischen London, Paris, Basel, Köln einerseits und Stockholm (nebst Finnland), Göteborg, Kristiania usw. andererseits herzustellen sind. Die Erzielung dieses Erfolges ist, wie obiger Entwurf deutlich zeigt, auf den vorhandenen deutsch-nordischen Konkurrenzlinien trotz aller Verbesserungen ganz unmöglich, denn infolge

Aus dem Gerichtssaal.

Lebensführung hoher Herrschaften. Einen interessanten Einblick in die Lebensführung hoher Herrschaften bot ein Duisburger Strafkammerverfahren. Wegen Betrug usw. angeklagt war der in Flensburg im Jahre 1888 geborene Sekretär Gustav Petersen aus Berlin. Als Zeuge geladen war u. a. der frühere Leutnant und jetzige Kaufmann Wilhelm von Plessen, Sohn eines Flügeladjutanten des Kaisers, Generaloberst von Plessen. Petersen hat ein bewegtes Leben hinter sich. Bereits mit 18 Jahren war er Privatsekretär des Sohnes eines deutschen Admirals. Mit diesem reiste er nach Amerika und lehrte nach dessen Verheiratung nach Berlin zurück. Hier machte Petersen sich selbstständig, und zwar kaufte er von seinem ersparten Gelde mehrere Cafés und Bierpächte. Wenn etwas daran zu verdienen war, machte er auch Geldgeschäfte. So verkaufte er einmal von einem Einbrecher gestohlene preussische Konjols, wesswegen er neuer Monate Gefängnis erhielt. Durch den Vermittler Schiffer kam der Leutnant von Plessen auf diesen Petersen. Infolge hoher Schulden befand sich der Gardeoffizier in großer Geldnot. Petersen schlug vor, in Potsdam ein Haus zu kaufen. Das geschah zum Preise von 236 000 Mark. Auf dem Hause ruhte eine Hypothek von 200 000 Mark. Eine Kaufsumme war nicht vorhanden. Um sie herbeizuschaffen, nahm man eine zweite Hypothek in Höhe von 110 000 Mark auf. Den Rest von 26 000 Mark sollte von Plessen erhalten. Hintennach stellte sich heraus, daß der Hausverkäufer und gleichzeitige Hypothekenverleiher zahlungsunfähig war. So mußte von Plessen für die Anzahlungssumme von 90 000 Mark aufkommen. Da dem Leutnant, wie er angab, die Erbschaft einer Gräfin ausstand, stellte er für den genannten Betrag Wechsel aus. Petersen wollte nun von dem neuen Hausbesitzer, Leutnant von Plessen, 2000 Mark haben, die er für notarielle Kosten beim Kauf gezahlt hatte. Darauf übertug von Plessen dem Petersen die Hypothek, ermächtigte ihn zum Verkauf des Hauses und stellte ihm eine große Zahl Blankowechsel aus. Dabei sagte von Plessen: „Sehen Sie, wie Sie nun fertig werden, Sie haben ja jetzt ein ganzes Buch Blankowechsel in der Tasche.“ Das geschah am 27. Juni vor. Js. 14 Tage später will der Leutnant dem Angeklagten die Vollmachten wieder genommen haben. Dahingegen behauptet Petersen, dies sei erst im Dezember gewesen. In der Zwischenzeit füllte Petersen die unterzeichneten Wechsel aus; zusammen mit Wechseln von mehreren hunderttausend Mark. Die genaue Summe kann von Plessen nicht angeben. Später kamen die Wechselproteste aus allen Teilen Deutschlands. Die Gerichte verurteilten auch von Plessen zur Bezahlung. Auf den Namen des betamnen Leutnants machte Petersen noch andere

Geschäfte und verschaffte sich dadurch Geld. So lernte er auf einer Rheinreise den Schiffer Nikolaus Merkel aus Frankfurt a. M. kennen. Er erzählte ihm, er müsse in Köln einen Kauf für den Leutnant tätigen, woran ihm jedoch 950 Mk. fehlten. Auf den Namen und Wechsel von Plessen gab der Schiffer das Geld, von dem er nie etwas wieder sah. Statt dessen mußte er noch 125 Mark Kosten entrichten. Auch der Wirt Wiber von Duisburg gab auf die gleiche Weise 500 Mk. Dieser erstattete Anzeige, worauf Petersen in Köln im City-Hotel verhaftet wurde. Vor Gericht bestritt Petersen jede Schuld. Die Strafkammer jedoch verurteilte Petersen zu einem Jahre Gefängnis, ohne ihm etwas von der seit Dezember 1913 erlittenen Unteruchungshaft anzurechnen. — Man sieht, sonst sind die „hohen Herrschaften“ in ihrem Verlehr sehr wählerisch; wenn sie aber Geld brauchen, dann kann es herkommen, wo es will. Non olet! (Geld stinkt nicht!)

Aus Nah und Fern.

Königsbesuch und Schulverlängerung. In den meisten bayerischen Städten treten die großen Schulferien Mitte Juli ein, die bis zum Beginn des neuen Schuljahres Anfangs September währen. Das hat die liberalen Stadtväter Hois anfänglich in große Verlegenheit gebracht, denn Anfangs August kommt der frischgebundene König von Bayern nach Hof, um sich seinen getreuen Untertanen in angenehmer Erinnerung zu bringen. Da zu einem patriotischen Empfang Schulkinder ebenso unentbehrlich sind wie Kriegervereine, teutsche Turner usw., um das in Königstreue erkerbende Volk zu nimen, war man in großer Sorge, daß die Schulkinder, wenn einmal die Ferien begonnen hätten, nicht mehr zusammengebracht werden könnten, zumal sie in der Hauptsache aus Proletariatsprohlingen bestehen; daher versiel man auf den Gedanken, den Schullschluß einfach um 14 Tage zu verschieben, damit die Kinder zum Königs-empfang kommandiert werden können. Die liberalen Stadtväter im Magistrat, die für Arbeiterfürsorge keine städtischen Mittel übrig haben, aber für den vierstündigen Königsbesuch mit circa 10 000 Mk. bewilligten, stimmten dieser Verlängerung begeistert zu, trotz Protest unierer Genossen. Die Proletarerkinder, die auf solche Weise um 14 Tage Ferien gebracht werden, werden natürlich um so begeistert dem König zuzubehln.

Die weiße Bestie. Nach einer Meldung aus Shreveport im Staate Louisiana ist dort ein Neger, der unter der Beschuldigung, sich gegen ein zehnjähriges weißes Mädchen vergangen zu haben, ins Gefängnis geworfen worden war, von der empörten Volksmenge geliebt worden. Etwa tausend Personen drangen am helllichten Tage

gewaltsam in das Gefängnis, schleppten den Neger auf die Straße und hängten ihn an einer dem Gerichtsgebäude gegenüber befindlichen Telefonstange.

Dynamit-Explosion. Innerhalb des im Bau begriffenen Tunnels zwischen Jufen und Sanfranco bei Quevedo in Spanien hat sich eine fürchterliche Dynamit-Explosion ereignet. Drei Arbeiter waren sofort tot, mehrere andere sind schwer oder leichter verletzt. Die Arbeiten an dem Tunnel wurden völlig gehöhrt. Man befürchtet, daß noch mehrere Opfer unter den Trümmern liegen.

Er mordung einer Forschungs Expedition in Südamerika. Wie französische Blätter melden, ist in Bolivien der schwedische Forscher Baron Erlend Nordenskiöld mit seiner gesamten Begleitmannschaft von Eingeborenen überfallen und ermordet worden. Aber das tragische Ende der Expedition werden folgende Einzelheiten gemeldet: Baron Nordenskiöld fand seinen Tod in einem unbekanntem Teile Boliviens. Ein Missionar, der gleichfalls in der dortigen Gegend reiste, erzählte bei seiner Rückkehr nach Beni, daß Nordenskiöld von kriegerischen Indianern aus dem Hinterhalt überfallen und mit seinen sämtlichen Begleitern ermordet worden sei. Einem Mitglied der Karawane Nordenskiöld sei es gelungen, trotz seiner schweren Verletzungen, sich bis nach El Yuma zu schleppen. Vor seinem Tode stammelte er noch einige Worte, aus denen man zu vernehmen glaubte, daß auch Nordenskiöld selbst ein Opfer des Überfalles der Indianer geworden ist. — Offizielle Bestätigungen vom Tode Nordenskiöld's liegen aber bisher noch nicht vor.

Fünf Personen ertrunken. Im Bristolkanal stieß der Dampfer „Etern“ von Newzealand mit einem Dampflutter aus Cardiff zusammen. Fünf Menschen sind umgekommen.

Untergang eines Dampfers. Der Dampfer „Turret Hill“ aus Newzealand ist auf der Höhe von Southwold untergegangen. Der erste Maschinist ist gerettet worden. Man befürchtet, daß die übrigen vierzehn Mann der Besatzung ertrunken sind.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich auf der noch im Bau befindlichen Strecke Corbach-Brilon zugetragen. Zwischen den Stationen Widdingen und Brilon stürzte ein Arbeitszug des Unternetzes Marx vom Eisenbahndamm herab, wobei der Lokomotivführer getötet und mehrere andere Personen lebensgefährlich verletzt wurden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Warnung, betreff. das Wässern des Spargels

Das Polizeiamt macht darauf aufmerksam, daß das Wässern des Spargels, welches dieses Gemüse in seinem Werte erheblich verringert, als Verfälschung von Nahrungsmitteln mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und (oder) mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft wird. Wer wissentlich oder aus Fahrlässigkeit gewässerten Spargel unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft, wird mit der gleichen Strafe bezm. mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bestraft. Er hat ferner die Einziehung der Ware zu gewärtigen. Außerdem kann eine Strafverfolgung wegen Betruges oder Betrugsversuches in Frage kommen.

Lübeck, den 13. Mai 1914.
Das Polizeiamt.

Verkauf lebender Bunt vom Boof aus

am Freitag, dem 15. Mai
vormittags von 8 Uhr ab an der
Dankwartsbrücke,
Holstenbrücke,
Eufiner Brücke,
Drehbrücke
und
Strudföhre

Komitee und Kommissionsitzungen

D. T. V.

Vorstands-Sitzung
am Freitag, dem 15. Mai

Jugend-Ausschuss.

Sonntags, abends 8^{1/2} Uhr
Sitzung
im Jugendheim.

Zeitungs-Verkauf, Spiegel-
glas, Saiten und Nähtisch,
das gut erhalten, billig zu verk.
Hartenstraße 31.

Die wichtigste Sportart

Sozialdemokratischer Verein.

Am Mittwoch verstarb unser
Genosse

Johs. Wichmann.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Sonn-
abend, vormitt. 9^{1/2} Uhr, auf dem
Burgtor-Friedhof. Die Mitglieder
sammeln sich bis 9^{1/2} Uhr im
Etablissement „Luisenlust“.

Chorverein Lübeck.

Mitglied des deutschen Arbeiter-
sängerbundes.

Nachruf.

Am Dienstag, d. 12. Mai starb
unser Mitglied

Johs. Wichmann.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, dem 16. Mai, vormittags
9^{1/2} Uhr, auf dem Burgtor-Friedhof
statt. Die Mitglieder sammeln sich
bis 9^{1/2} Uhr im Etablissement
„Luisenlust“.

Der Vorstand.

Deutscher

Transportarbeiterverband

Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Kollege, der Zeitungs-
aussträger

Johs. Wichmann

im Alter von 62 Jahren verstorben
ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, dem 16. Mai 1914, vor-
mittags 9^{1/2} Uhr von der Kapelle
Burgtor statt.

Versammlung des Gefolges um
8^{1/2} Uhr in „Luisenlust“.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Nur die vielen Beweise inniger
Teilnahme und reichen Kranzgebenden
bei der Beerdigung meiner lieben
Frau, unserer guten Tochter und
Schwiegermutter

Cathr. Mobly, geb. Kähler

sagen wir allen, die uns ihre Beileid
erweisen haben, sowie Herrn Haupt-
mann Bernhard für seine trostreichen
Worte unsern herzlichsten Dank.

Heinr. Mobly, Hamburg.
Joh. Kähler und Familie.
Heinr. Mobly u. Familie.

Sehr schöne Glanzstoffe

zu verkaufen. Preis nur 250 Mk.

**Jch lach,
weil ich die Wäsche mit
Ragoda
mach.**
Das selbsttätige Schnellwaschmittel
ist unübertroffen.

J. Ramm, Schlutup

Manufaktur- und Kurzwaren.
Arbeiter-Garderoben.
Schuhwaren-Lager.
Herren-, Damen- u. Kinderstiefel
in reichster Auswahl. (171
Reparatur-Werkstatt.

Wand-Uhren

Goldene Trauringe. Myrtenkränze
Reparatur vorherige Preisangabe.
Uhrm. u. Goldschm.,
H. Schultz, od. Johannisstr. 20.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
Markt 4 10
sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. U. a.:

Vederhosen	2.20—6.45
Mauerhosen	2.60—6.75
Schlofferhosen	1.88—5.25
Überziehhosen	1.08—2.35
Wolfs-Hosen	1.68—3.25

feinere Jacken, Schürze u. gerabe,
1.28, Kragen, Gendern, Schlahter-
jacken, Krieherrjacken, Malermäntel
eritaunlich billig. Nähen von 30
Pf. bis 1.88 Mk. Note Lübeck.

Polsterhosen	48 Mk.
Polstergarnituren	85 Mk.
Polstergarnituren	95 Mk.
Polstergarnituren	110 Mk.
Polstergarnituren	125 Mk.
Polstergarnituren	165 Mk.
Polstergarnituren	210 Mk.

Leinwand von Garnituren schon
abgesetzt. Mittlere Wärmehülle 83.
Führer Nachmann. (8072)

Heines Werke

3 Bände 4 Mk.
Lübeck Friedr. Meyer & Co

Neue, bestgereinigte Bettfedern

Damen,
federdicke, echtjarebe
Inlets; fertige Betten.
Die richtige Bezugsguelle für
diese Vertrauensartikel ist das
Geschäft von (916)

Herm. Kampff

früher Gebr. Barg
Lübeck Lauenburg a. E.
Kohlmarkt 5. Elbstraße 91. 93.
Das Geschäft besteht in Lauen-
burg über 50 Jahre.

Für Schuhmacher-Meister!

Neue Sendungen Group. zu 2.07 und
2.17 — letztere fast prima. — Besicht.
wie immer ohne Zwang. (3795
Kühl, Fischstraße 34.

Der Gildetag

der Schwemvereins-Gilde zu
Niendorf i. Lüb. findet am Sonn-
tag, dem 17. Mai, nachmittags
2 Uhr, im Lokale des Herrn Haal-
beck daselbst statt.
(8828) Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

Ausflug der Genossinnen

mit ihren Kindern
am Donnerstag, dem 21. Mai
(Himmelfahrtstag)
über

Gr.-Parin nach dem Riesebusch.

Um zahlreiche Beteiligung bittet
Das Komitee.

Achtung! Achtung!

Die alte beliebte Rufus-Arena
gibt am Freitag, d. 15. Mai, abends
8^{1/2} Uhr ihre erste Gala-Größnungs-
Vorstellung im Garten
des Restaurants „Frie-
drich-Franz-Halle“ an
„Zum grauen Eis.“
Preise der Plätze: Sitz-
platz 30 Pf. Stehplatz
20 Pf. Kinder auf allen Plätzen die
Hälfte. (8827)

Die Direktion.

Hansa-Halle.

Jeden Sonntag und Samstag:
Grobes Tanzkränzchen

Frauen-Verein von Stockelsdorf u. Umg.

Theater-Abend

am Sonntag, dem 17. Mai
bei H. Dose, Stockelsdorf.
Karte 20 Pf. Anfang 7 Uhr.
Dazu ladet freundlich ein
(8824) Das Komitee.

Stadthallen-Sommertheater.

Sonntags, den 16. Mai:
Eröffnungs-Vorstellung.

Großer Schlager
des Thalia-Theaters in Berlin.
Neuheit! Größter Erfolg Gilberts.

Wenn der Frühling kommt.
Operellenposse von Kren u. Okon-
kowsky. — Musik von Jean Gilbert

Sonntag, den 17. Mai:
Zum zweiten Male

Wenn der Frühling kommt.
Montag, den 18. Mai:
Erster Schwankabend. Zugkräf-
tiges Repertoirestück des Ham-
burger Thalia-Theaters.

Der ungetreue Ekehart

Schwank in 3 Akten v. Hans Sturm.
Vorverkauf zu allen Vorstellungen:
Zigarettenhandlung Otto Borchert.
Musikalienhandlg. F. W. Kahlert.
Rudolph Karstadt.

Dutzendkarten haben zu allen Vor-
stellungen Gültigkeit. (8826)

Neues Stadttheater

Donnerstag, den 14. Mai 1914:
Anfang 7^{1/2} Uhr. Ende 10^{1/2} Uhr.
Abschiedsvorstellung für Ober-
regisseur G. Brunow u. Marie Pfeil:
Emilia Galotti.

Emilia Galotti.

Dauerbillet von Lehnig.
Mittelpreise. (8830)

Schülerkarten haben Gültigkeit.

Freitag, den 15. Mai 1914:
Beste Vorstellung in der Spielzeit.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10^{1/2} Uhr.
Abschiedsvorstellung für
Tilly Schmidt u. Harry de Garmo:

Der fliegende Holländer

Oper von Rich. Wagner.
Große Preise.
Abonnementsanmeldungen für die
kommende Spielzeit werden bereits
jetzt in der Theaterkanzlei (Gingang
Fischergrube) entgegengenommen.
Die Rechnungen für das Stadt-
theater Lübeck sind bis spätestens
20. d. Ms. einzureichen. Spätere
Forderungen können nicht berücks.